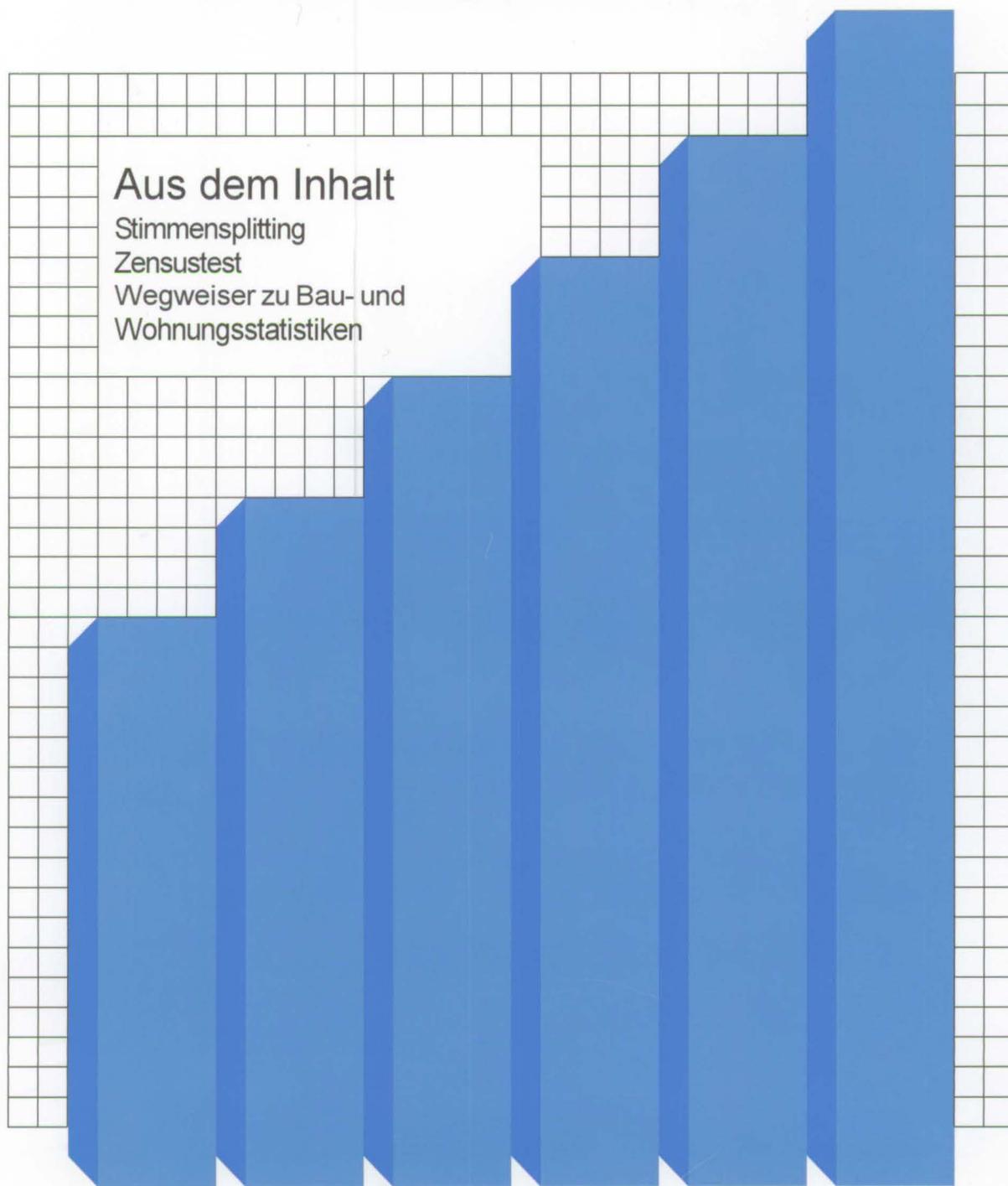




# Hamburg in Zahlen



II/02

Statistisches  
Landesamt  
Hamburg



## ZEICHENERKLÄRUNG UND ABKÜRZUNGEN

- = Zahlenwert ist unbekannt, kann aus bestimmten Gründen nicht mitgeteilt werden oder Fragestellung ist nicht zutreffend
- ... = Zahlen lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- r = gegenüber früheren Veröffentlichungen berichtete Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- x = Nachweis nicht sinnvoll
- / = kein Nachweis, da das Ergebnis nicht ausreichend genau ist
- () = Nachweis unter Vorbehalt, da der Aussagewert der Angaben wegen geringer Feldbesetzung gemindert sein kann
- ≐ = entspricht
- MD = Monatsdurchschnitt
- Vj = Vierteljahr
- Hj = Halbjahr

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde. Einzelwerte in Tabellen wurden ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet; das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der nachgewiesenen Endsumme abweichen.

### IMPRESSUM

Verlag und Vertrieb:  
Statistisches Landesamt  
der Freien und Hansestadt Hamburg  
20453 Hamburg

Hausanschrift:  
Steckelhörn 12, 20457 Hamburg  
Telefon: 040 42831-1721  
Telefax: 040 42831-1700

Internet: [www.statistik-hamburg.de](http://www.statistik-hamburg.de)  
E-Mail: [vertrieb@statistik.hamburg.de](mailto:vertrieb@statistik.hamburg.de)

Verantwortlich für den Inhalt:  
Dieter Buch

Satz und Herstellung:  
Joachim Gehrer, Torsten Jonas,  
Heike Junkereit, Rainer Kalkreuter

Druck:  
Schüthedruck GmbH  
21079 Hamburg

ISSN 0017-6877

Preis dieses Heftes: 5,- EUR

© Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung.

Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

### SERVICE UND AUSKUNFTE

Versand von  
Veröffentlichungen 040 42831-1719  
Infocenter 040 42831-1766



# Hamburg in Zahlen

Zeitschrift des Statistischen Landesamtes  
der Freien und Hansestadt Hamburg

56. Jahrgang, II. Quartal/2002

## Stimmensplitting bei der Bundestagswahl 2002 in Hamburg

von Jürgen Delitz © 040 42831-1847

In welcher Weise hat die Hamburger Wählerschaft bei der Bundestagswahl 2002 von der Möglichkeit des Stimmensplittings Gebrauch gemacht? Der Beitrag stellt dar, wie weit Männer und Frauen in den einzelnen Altersgruppen ihre Zweitstimmen und ihre Erststimmen an unterschiedliche Parteien vergeben haben. .... 36

## Auf dem Weg zu einer zukünftigen registergestützten Volkszählung: Der Zensusstest

von Sigrid Berger © 040 42831-1806

Der Beitrag schildert das Modell des Zensusstests 2001, das sich aus mehreren Einzelerhebungen und Verfahren zusammensetzt. Beschrieben werden die primärstatistischen Erhebungen (Haushaltsbefragung durch Interviewer und postalische Gebäude- und Wohnungszählung), die Registerauswertungen (Auswertungen der Einwohnermelderegister und erwerbsstatistischer Register der Bundesanstalt für Arbeit) sowie die Verfahren (Mehrfachfallprüfung und Haushaltegenerierung) ..... 40

## Wegweiser zu statistischen Informationen – Bereich Bauen und Wohnungen

von Hergen Bruns © 040 42831-1830

Zum Themenkomplex „Bauen und Wohnungen“ bietet die amtliche Statistik ein breites Spektrum an Informationen. Die einschlägigen Erhebungen sind in einer Übersicht zusammengefasst und im Einzelnen gekennzeichnet. .... 45

## In diesem Heft

### KURZINFORMATIONEN

Hamburg besonders bei Jüngeren beliebt .....	34
88 Millionen Euro für Asylbewerber .....	34
Häufigste Ausbildungsberufe .....	34
Nicht mehr so viele Ehescheidungen .....	34
35,5 m <sup>2</sup> Wohnfläche je Einwohner .....	34
33 844 Cabrios zugelassen .....	35
Weniger Flugreisende .....	35

### DAS AKTUELLE SCHAUBILD

Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen Hamburgs in der 7. Klassenstufe nach Schularten 1975 und 2001 .....	35
---	----

### BERICHTE

Stimmensplitting bei der Bundestagswahl 2002 in Hamburg .....	36
Auf dem Weg zu einer zukünftigen registergestützten Volkszählung: Der Zensusstest .....	40
Wegweiser zu statistischen Informationen – Bereich Bauen und Wohnungen .....	45

### TABELLENTEIL

Hamburger Monatszahlen .....	49
------------------------------	----

Mit der vorliegenden Nummer II/2002 wird die Herausgabe  
der Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“ eingestellt.

## Hamburg besonders bei Jüngeren beliebt

Im Jahr 2001 zogen 82 352 Personen nach Hamburg, während 68 916 Personen die Hansestadt verließen. Dies bedeutete einen Zuzugsüberschuss von 13 436 Personen und damit eine Steigerung von fast sechs Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die positive Wanderungsbilanz ist allein Folge des Zustroms jüngerer Menschen. So sind in der Altersgruppe der 20- bis unter 30-Jährigen 13 830 Personen mehr in Hamburg neu zugezogen als der Stadt den Rücken gekehrt haben.

Den höchsten Nettozuzug hatte Hamburg aus Mecklenburg-Vorpommern (+ 3326), aus Niedersachsen (+ 2163) und Nordrhein-Westfalen (+ 1926). Schleswig-Holstein war wiederum bei den Hamburgern sehr beliebt; in das nördliche Nachbarland zogen 3931 mehr Personen fort als von dort nach Hamburg gekommen sind.

Ein Zuzugplus von 6808 Personen ergab sich aus der Bevölkerungsbewegung aus dem bzw. in das Ausland. Den mit knapp 50 Prozent weitaus größten Teil machten Wanderungen aus Europa aus, bei denen sich ein Saldo von 3202 ergab. Vor allem aus der Russischen Föderation (+ 1211) und Polen (+ 773) kamen mehr Menschen nach Hamburg als jeweils dorthin gezogen sind. Auch aus asiatischen Staaten zogen mit 1800 Personen wesentlich mehr Menschen nach Hamburg als nach Asien gingen. Geringere Zuzugsüberschüsse gab es für Afrika (+ 493), Amerika (+ 489) sowie Australien und Ozeanien (+ 44). Bei dem Rest war die Herkunft unbekannt. *Isolde Schlüter*

## 88 Millionen Euro für Asylbewerber

Im Jahr 2001 wurden in Hamburg 88 Millionen Euro für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz aufgewendet. Der größte Teil der Ausgaben entfiel mit 56 Millionen Euro auf die sogenannten Grundleistungen. Hierbei handelte es sich meist um Geldzahlungen für den Lebensunterhalt (beispielsweise für Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Gebrauchs- und Verbrauchsgüter des Haus-

haltes). „Hilfen in besonderen Fällen“ schlugen mit acht Millionen Euro zu Buche. Darüber hinaus wurden für Unterstützung bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt 21 Millionen Euro und für sonstige Hilfen drei Millionen Euro aufgewendet.

Im Vergleich zum Jahr 2000 haben sich die Ausgaben für Asylsuchende um 13 Millionen Euro oder 18 Prozent erhöht. Besonders für krankheitsbezogene Hilfen (plus acht Millionen Euro) und für Leistungen in besonderen Fällen (plus fünf Millionen Euro) mussten mehr Mittel aufgebracht werden. *Thorsten Erdmann*

## Häufigste Ausbildungsberufe

Insgesamt 33 471 Auszubildende erlernten im Jahr 2001 in Hamburg einen Lehrberuf, davon 17 865 junge Männer und 15 606 junge Frauen. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies ein Plus von 314 Auszubildenden.

An erster Stelle in der Reihe der häufigsten Berufe steht bei den männlichen Auszubildenden der Kraftfahrzeugmechaniker; 1050 junge Männer oder knapp sechs Prozent haben sich dafür entschieden. Es folgen die Berufe Groß- und Außenhandelskaufmann mit 973 und Einzelhandelskaufmann mit 894 Auszubildenden. 725 junge Männer haben eine Lehrstelle als Gas- und Wasserinstallateur, 693 als Elektroinstallateur sowie 564 als Speditionskaufmann. Damit wählten annähernd 30 Prozent der männlichen Auszubildenden einen der sechs häufigsten Berufe.

Meistgewählter Beruf bei den weiblichen Auszubildenden ist die Einzelhandelskauffrau; 1127 junge Frauen oder gut sieben Prozent haben sich zu diesem Lehrberuf entschlossen. Friseurin und Zahnarthelferin sind mit jeweils 925 weiblichen Auszubildenden gleichrangig, Bürokauffrau möchten 910 und Groß- und Außenhandelskauffrau 870 junge Frauen werden. Auf den nächsten Plätzen der beruflichen Beliebtheitskala finden sich Kauffrau für Bürokommunikation (849) und Arzthelferin (839). Im Ganzen haben sich 41 Prozent aller weiblichen Auszubildenden für einen der sechs häufigsten Lehrberufe entschieden. *Sabrina Sávolý*

## Nicht mehr so viele Ehescheidungen

Im Jahr 2001 wurden in Hamburg 4328 Ehen geschieden – sieben Prozent weniger als im Jahr zuvor. Scheidungsanfällig waren besonders Paare, die im fünften bis achten Ehejahr miteinander lebten. Die meisten Scheidungen (neun Prozent) gab es im „verflixten“ siebenten Ehejahr. Eine lange Dauer ist kein Garant für den Fortbestand einer Ehe. Bei acht Prozent aller Scheidungen hatten die früheren Ehepartner bereits Silberhochzeit gefeiert, drei Paare sogar die Goldene Hochzeit.

Bei mehr als der Hälfte aller Scheidungen waren minderjährige Kinder betroffen. Die Zahl der „Scheidungsweisen“ betrug 3732 und war damit um drei Prozent niedriger als im Vorjahr.

In der Mehrzahl beantragte die Frau das Scheidungsverfahren, und zwar in fast 60 Prozent der Fälle. Der Mann beantragte 35 Prozent aller Scheidungen. Das Betreiben der Scheidung von beiden Partnern gemeinsam war mit fünf Prozent sehr gering. Allerdings wurden nahezu alle Scheidungen mit Zustimmung des Partners/der Partnerin eingereicht. In nur drei Prozent der Fälle wurde die Zustimmung verweigert. *Isolde Schlüter*

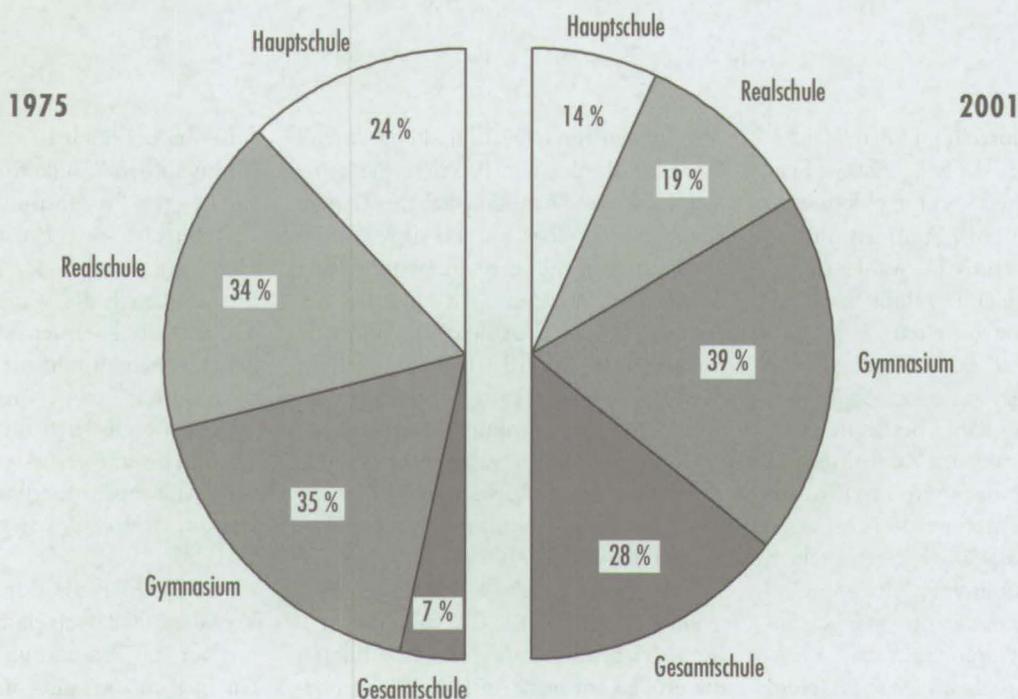
## 35,5 m<sup>2</sup> Wohnfläche je Einwohner

Ende 2001 gab es in Hamburg 863 574 Wohnungen mit einer Wohnfläche von 61,4 Millionen Quadratmetern. Daraus errechnet sich eine durchschnittliche Wohnungsgröße von 71,1 Quadratmetern und eine Wohnfläche von 35,5 Quadratmetern pro Kopf der Bevölkerung.

Die größten Wohnungen hat mit 78,1 Quadratmetern der Bezirk Bergedorf, am kleinsten sind die Wohnungen mit 62,9 Quadratmetern im Bezirk Hamburg-Mitte.

Zwischen Wohnungen im Eigenheimbau und im Geschosswohnungsbau bestehen beträchtliche Unterschiede: Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern weisen eine Wohnfläche von 117,6 Quadratmetern auf, während die Wohnungen in Mehrfamilienhäusern mit 63,4 Quadratmetern nur etwa halb so groß sind.

### Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen Hamburgs in der 7. Klassenstufe nach Schularten 1975 und 2001



Im Vergleich zu 1987, dem Jahr der letzten Volks- und Wohnungszählung, hat sich die durchschnittliche Wohnungsgröße in Hamburg um 0,9 Quadratmeter und die Wohnfläche je Einwohner/in um 1,1 Quadratmeter erhöht. *Rüdiger Lenthe*

#### 33 844 Cabrios zugelassen

Anfang des Jahres 2002 waren in Hamburg 33 844 Pkws mit zurückklappbarem Verdeck – „Cabrios“ – bei den Zulassungsstellen für Kraftfahrzeuge registriert. An der Möglichkeit, „oben ohne“ zu fahren, finden die Hamburger Autobesitzerinnen und -besitzer zunehmend Gefallen. Der Cabriobestand hat sich im vergangenen Jahr um rund fünf Prozent erhöht, während der letzten sechs Jahre ist die Zahl der zugelassenen Cabrios sogar um über die Hälfte gestiegen.

Am gesamten Pkw-Bestand in Hamburg – dieser umfasst 826 158 Fahrzeuge –

erreichen die „offenen“ Wagen jetzt einen Anteil von vier Prozent.

Die Zahlen für Deutschland spiegeln ein Süd-Nord-Gefälle wider; während der Cabrio-Anteil in München 5,6 Prozent betrug, kamen Hannover nur auf 3,5 Prozent, Bremen und Kiel nur auf je 2,9 Prozent. *Peter Lange*

#### Weniger Flugreisende

Im Jahr 2001 sind 4,6 Millionen Personen von Hamburg-Fuhlsbüttel zu einer Flugreise gestartet, das waren bei Inlands- und Auslandsflügen jeweils rund fünf Prozent weniger als im Jahr zuvor. Dies ist hauptsächlich auf Rückgänge von fast 14 Prozent in den Monaten nach dem 11. September 2001 zurückzuführen; bis einschließlich August hatte sich die Zahl der Fluggastpassagiere gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres kaum verändert.

1,6 Millionen Fluggäste reisten in ande-

re deutsche Städte. Drei Millionen Passagiere flogen ins Ausland. Nahezu alle Auslandsziele verzeichneten rückläufige Fluggastzahlen. In die USA starteten fast ein Viertel weniger Reisende ab Hamburg (142 800). Auch auf Flügen in europäische Länder, in denen der Geschäftsreiseverkehr eine größere Rolle spielt, zum Beispiel nach Großbritannien (264 000, minus 15 Prozent) und Frankreich (151 900, minus sechs Prozent), wurden erheblich weniger Fluggäste registriert.

Der Flugtourismus war dagegen weniger betroffen. Nach Spanien, wichtigstes Ziel-land für Flugreisen ab Hamburg, flogen im vergangenen Jahr 757 600 Passagiere; die Einbußen betragen hier nur ein Prozent. Nach Griechenland reisten sieben Prozent weniger (137 000), nach Italien zwei Prozent weniger Fluggäste (141 800). Gegen den allgemeinen Trend erzielte die Türkei einen Zuwachs um 18 Prozent auf 280 500 Reisende. *Peter Lange*

## Stimmensplitting bei der Bundestagswahl 2002 in Hamburg

Das deutsche Wahlrecht gibt den Wählerinnen und Wählern die Möglichkeit, Erst- und Zweitstimme in unterschiedlicher Weise zu vergeben. Mit Stimmensplitting lassen sich daher taktische Wahlentscheidungen zum Beispiel im Hinblick auf gewünschte Koalitionen treffen.

Im Folgenden soll das Stimmensplitting bei der Bundestagswahl am 22. September 2002 in Hamburg näher betrachtet werden. Ausgangspunkt der Zuordnung ist dabei die Zweitstimme, das heißt, mit „Wählern“ einer Partei werden diejenigen Wählerinnen und Wähler angesprochen, die diese Partei mit ihrer Zweitstimme gewählt haben. Dies erscheint – mangels anderer schlüssiger Kriterien für die Bestimmung der „eigentlichen“ Parteipräferenz eines Wählers – im Hinblick auf die wegen der Bedeutung für die Mandatsverteilung größeren politischen Funktion der Zweitstimme gerechtfertigt.<sup>1</sup>

Analysen des Stimmensplitting beziehen sich auf der Aggregatebene auf die Differenz von Erst- und Zweitstimmenergebnis, genauere Aufschlüsse sind auf der Individualebene im Rahmen der repräsentativen Wahlstatistik möglich.

### Aggregatebene: Vergleich von Erst- und Zweitstimmenergebnissen

Auf der Aggregatebene, das heißt bei den Wahlergebnissen auf Landes- oder Wahlkreisebene, lässt sich durch den Vergleich von Erst- und Zweitstimmenergebnis feststellen, welche Parteien in welchem Maße vom Stimmensplitting profitieren (Erststimmenüberhang) beziehungsweise welche Wählerschaft Wahlkreisbewerber anderer Parteien unterstützt, was zu einem Erststimmen-Minus führt.

Vom Stimmensplitting profitieren in aller Regel die Wahlkreis kandidatinnen und

-kandidaten von CDU und SPD, während Bewerber der kleinen Parteien, die keine Siegchance im Wahlkreis haben, weniger Erststimmen erhalten als ihre Partei Zweitstimmen. Ein Erststimmenüberhang der großen Parteien wird auch bei der Bundestagswahl 2002 deutlich. Während noch 1998 SPD und CDU in gleichem Maße (jeweils 4,9 Prozentpunkte) vom Stimmensplitting profitierten, erhält 2002 die SPD 9,6 Prozentpunkte mehr Erst- als Zweitstimmen, das Erststimmen-Plus der CDU geht hingegen auf 4,3 Prozentpunkte zurück (vergleiche Tabelle 1).

Umgekehrt geben Wählerinnen und Wähler der GRÜNEN/GAL und der FDP ihre Erststimme häufig den Kandidaten der großen Parteien. Anders als bei früheren Wahlen, zum Beispiel 1998, zeigt sich 2002 insbesondere die Wählerschaft der GRÜNEN/GAL in hohem Maße bereit, ihre Erststimme Kandidaten einer anderen Partei zu geben: Das Erststimmen-Minus der GRÜNEN/GAL belief sich 1998 auf 3,0 Prozentpunkte, 2002 hingegen steigt es auf 7,5 Prozentpunkte.

Besonders hoch ist das Erststimmen-Minus in den Wahlkreisen Hamburg-Altona (- 9,2 Prozentpunkte), Hamburg-Eimsbüttel (- 9,0 Prozentpunkte) und Hamburg-Nord (- 8,7 Prozentpunkte); dies sind auch die Wahlkreise, in denen die SPD die höchsten Erststimmenüberhänge von zehn und mehr Prozentpunkten für sich verbuchen kann. Auch im Weiteren ergibt sich für die Hamburger Wahlkreise eine perfekte Rangkorrelation für Erststimmenüberhänge der SPD beziehungsweise -defizite der GRÜNEN/GAL.

FDP-Wähler, die durch ihr Splitting-Verhalten 1998 noch ein Erststimmen-Minus von 3,9 Prozentpunkten herbeiführten, bleiben 2002 mit einem Erststimmen-Minus von 2,1 Prozentpunkten in sehr viel stärkerem Maße – auch im Vergleich zu den Wählern der GRÜNEN/GAL – ihrer Partei mit der Erststimme treu. Dies mag mit dem Verzicht auf eine Koalitionsaussage und dem im Wahlkampf demonstrierten Selbstbewusstsein der FDP zusammenhängen.

**Erststimmenüberhang bei den Bundestagswahlen 1998 und 2002 in Hamburg**

	SPD	CDU	GRÜNE/GAL	FDP	PDS
<b>Bundestagswahl 2002</b>					
Erststimmen	51,6	32,4	8,7	4,7	1,6
Zweitstimmen	42,0	28,1	16,2	6,8	2,1
Differenz	9,6	4,3	- 7,5	- 2,1	- 0,5
<b>Bundestagswahl 1998</b>					
Erststimmen	50,6	34,9	7,8	2,6	0,7
Zweitstimmen	45,7	30,0	10,8	6,5	2,3
Differenz	4,9	4,9	- 3,0	- 3,9	- 1,6

Tabelle 1

Die Relation hoher Erststimmendefizite der FDP zu hohen Erststimmenüberhängen bei der CDU ist weniger deutlich als bei den GRÜNEN/GAL und der SPD ausgeprägt: Zwar ist das höchste Erststimmen-Minus der FDP (- 3,3 Prozentpunkte) mit dem höchsten Erststimmen-Plus der CDU (+ 5,2 Prozentpunkte) verknüpft (im Wahlkreis Hamburg-Nord) und auch die zweitgrößten Differenzen im Wahlkreis Bergedorf-Harburg entsprechen sich noch, im Übrigen ist aber kein stringenter Zusammenhang erkennbar.

Schon auf dieser Analyse-Ebene gibt es also deutliche Hinweise darauf, dass diese Wahl mehr durch ein „Rot-Grün“-Wahlverhalten gekennzeichnet ist, in dem viele Wähler der GRÜNEN ihre Erststimme der SPD gegeben und so taktisch die Regierungskoalition gestützt haben, als dass ein – früher in stärkerem Maße verbreitetes – „Schwarz-Gelb“-Wahlverhalten stattgefunden hätte: Die Wähler der FDP haben ihre Stimmen in geringerem Maße koalitionspolitisch eingesetzt.

### Individualebene: Erststimmenpräferenzen

Differenzierter als auf der Ebene der Erst- und Zweitstimmensalden lässt sich das Stimmensplitting mit der repräsentativen Wahlstatistik beschreiben. Diese ist

erstmalig seit 1990 wieder bei einer Bundestagswahl durchgeführt und durch die Einbeziehung der Briefwähler methodisch entscheidend verbessert worden. In Hamburg sind dabei 20 – insgesamt für Hamburg repräsentative – Wahlbezirke mit insgesamt 17 510 Wahlberechtigten (1,4 Prozent) sowie vier Briefwahlbezirke mit insgesamt 3888 Briefwählerinnen und -wählern in die Stichprobe einbezogen worden. Die Stichprobe umfasst 13 922 Wählerinnen und Wähler; nach Abzug derjenigen, bei denen die Zweitstimme ungültig war, 13 771 Wählerinnen und Wähler.

Insgesamt hat in Hamburg mehr als jeder vierte Wähler (27,0 Prozent) Erst- und Zweitstimme gesplittet (vergleiche Tabelle 2). Bei der Bundestagswahl 1994 betrug dieser Anteil noch 20,1 Prozent.<sup>2</sup> Auch auf dieser Ebene wird zunächst der Splitting-Gewinn der SPD deutlich: Insgesamt kommt mehr als jede zweite gesplittete Erststimme der SPD zu Gute (14,4 der 27,0 Prozent), während die CDU etwa jede fünfte Erststimme der Splitting-Wähler für sich verbuchen kann (5,6 der 27,0 Prozent).

Am geringsten ist der Anteil der Splitting-Wähler erwartungsgemäß bei der CDU mit 6,1 Prozent und der SPD mit 12,1 Prozent.<sup>3</sup> Umgekehrt entscheiden sich zwei Drittel der Wählerschaft der GRÜNEN/GAL (66,3 Prozent) und mehr als die

Hälfte der FDP-Wähler (53,3 Prozent) jeweils für Kandidaten anderer Parteien. Die Splitting-Wähler der GRÜNEN/GAL unterstützen im Sinne von „Rot-Grün“ eindeutig – mit 62,1 Prozent – die Wahlkreis Kandidaten der SPD. Vor allem dieses „Lagerdenken“ und dem entsprechenden Stimmverhalten begründen das starke Erststimmen-Plus der SPD.

Dagegen sind die Präferenzen der FDP-Wähler differenzierter ausgeprägt: Zwar geben 38,0 Prozent ihre Erststimme den CDU-Kandidaten, aber immerhin fast jeder siebte FDP-Wähler (13,4 Prozent) votiert für einen SPD-Kandidaten. Dabei bevorzugen FDP-Wähler der höchsten Altersgruppe in etwas stärkerem Maße CDU-Kandidaten, während 18- bis 24-jährige FDP-Wähler mit ihrer Erststimme etwas überproportional SPD-Kandidaten wählen.

Politisch nur schwer verständlich, aber konsequent im Sinne einer „Rot-Grün“-Wahl ist die Unterstützung von Wahlkreisbewerbern der GRÜNEN/GAL durch immerhin 7,7 Prozent der Zweitstimmewähler der SPD.

Bei der PDS-Wählerschaft entscheidet sich die Hälfte für Wahlkreis Kandidaten anderer Parteien, vor allem der SPD (32 Prozent aller PDS-Wähler). Eine weitere Aufschlüsselung des Splitting-Verhaltens dieser Wählerinnen und Wähler verbietet sich wegen der geringen absoluten Zahl

## Verteilung der Erststimmen bei der Bundestagswahl 2002 in Hamburg

	SPD	CDU	GRÜNE/ GAL	FDP	PDS	Sonstige	darunter: Schill-Partei	Gesamt
Gültige Zweitstimmen insgesamt	5 697	3 796	2 430	902	347	599	519	13 711
<b>Prozent</b>								
davon Übereinstimmung von Erst- und Zweitstimme	87,9	93,9	33,7	46,3	50,1	12,7	–	73,0
Stimmensplitting	12,1	6,1	66,3	53,7	49,9	87,3	100	27,0
davon Erststimme an								
SPD	–	2,3	62,1	13,4	32,3	25,4	26,0	14,4
CDU	2,4	–	1,9	38,0	2,3	40,4	44,7	5,6
GRÜNE/GAL	7,7	0,6	–	1,7	13,0	2,3	1,2	3,9
FDP	0,9	2,5	0,7	–	0,6	9,3	9,8	1,6
PDS	0,6	0,1	1,2	0,1	–	3,0	2,5	0,7
Sonstige	0,1	0,1	0,2	0,2	0,9	–	8,9	0,1
Ungültig	0,4	0,5	0,2	0,2	0,9	6,8	6,9	0,7

Repräsentative Wahlstatistik (einschließlich Briefwahl)

Tabelle 2

ebenso wie bei den wenigen Splitting-Wählern (6,1 Prozent) der CDU.<sup>4</sup>

### Stimmensplitting in Altersgruppen sowie bei Männern und Frauen

Differenziert man nach Geschlecht und Alter, so erweist sich zunächst, dass Frauen in etwas geringerem Maße (25,8 Prozent) ihre Stimmen splitten als Männer, der Unterschied ist aber nicht sehr ausgeprägt (25,8 Prozent gegenüber 28,3 Prozent) (vergleiche Tabelle 3).

Die Altersverteilung hingegen zeigt eine klare Tendenz, die auch früheren Untersuchungen zum Stimmensplitting<sup>5</sup> entspricht: Mit steigendem Alter sinkt das Stimmensplitting. Finden sich bei den Wählern der jüngsten Altersgruppe noch 40 Prozent Splitting-Wähler, so sind es bei den 60-Jährigen und Älteren nur noch 17,5 Prozent. Dabei handelt es sich nun allerdings nicht um einen reinen Alterseffekt, vielmehr reflektiert diese Verteilung auch das überproportionale Stimmverhalten älterer Wähler zugunsten der großen Parteien CDU und SPD, bei denen der Anteil von Splitting-Wähler sehr gering ist. Dass das Alter nicht als solches zu einer Verminderung des Splitting-Verhalten führt, belegt die kurvenförmige Altersverteilung des Splitting in der Wählerschaft der GRÜNEN/GAL: Am größten sind die Anteile der Splitting-Wähler bei den 18- bis 24-Jährigen (73,3 Prozent) und den 60-Jährigen und Älteren (71,2 Prozent), am geringsten dagegen bei den 35- bis 44-Jährigen mit 60 Prozent. Wäre Splitting-Verhalten altersabhängig, so wäre auch bei den

ältesten Wählern der GRÜNEN/GAL eine deutliche Verminderung des Anteil von Stimmensplitting zu erwarten gewesen.

### Splitting-Verhalten bei der Wählerschaft der GRÜNEN/GAL

Die kurvenförmige Altersverteilung des Stimmensplitting der GRÜNEN-Wählerschaft mit dem Tiefpunkt in der mittleren Altersgruppe ist stärker bei Männern als bei Frauen zu beobachten. In besonderer Weise ist dies durch das Verhalten der 35- bis 44-jährigen Wählerinnen der GRÜNEN begründet: Von diesen geben nur knapp 54 Prozent ihre Erststimme einer anderen Partei (fast ausschließlich der SPD), 46 Prozent hingegen wählen Wahlkreisbewerber der GRÜNEN/GAL. In dieser Altersgruppe ist also vermehrt die Kernwählerschaft der GRÜNEN zu finden.

Die insgesamt geringere Splitting-Neigung der Frauen (63,5 Prozent der GRÜNEN-Wählerinnen gegenüber 69,1 Prozent der GRÜNEN-Wähler) findet sich durchgängig mit Ausnahme der niedrigsten Altersgruppe; besonders ausgeprägt sind die Unterschiede bei den 35- bis 44-Jährigen (53,9 Prozent gegenüber 65,5 Prozent der gleichaltrigen Männer) und den Seniorinnen der höchsten Altersgruppe (68,5 Prozent gegenüber 77,7 Prozent der Senioren).

### Splitting-Verhalten bei der FDP-Wählerschaft

In der Wählerschaft der FDP lässt sich die kurvenförmige Altersverteilung beim Splitting-Verhalten nicht nachweisen, hier

gibt es vielmehr eine – allerdings weniger stark ausgeprägte – lineare Tendenz: Das Splittingverhalten ist bei Jüngeren häufiger, bei Älteren seltener. Dies ist vor allem durch die FDP-Wählerinnen bedingt, deren Splitting-Neigung deutlich altersabhängig ist: In den niedrigen Altersgruppen<sup>6</sup> geben 59,6 Prozent ihre Erststimme anderen Parteien, in der höchsten Altersgruppe nur 44,7 Prozent. Bei den männlichen FDP-Wählern ergibt sich eine Umkehrung der Splitting-Neigung von 54,3 Prozent der Jüngeren gegenüber 57,7 Prozent der Älteren.

### Splitting-Verhalten bei der Wählerschaft der Schill-Partei

Notwendigerweise Splitting-Wähler sind die Wähler der Schill-Partei, da diese Partei keine Wahlkreiskandidaten aufgestellt hat.

Tabelle 4 zeigt das Stimmverhalten dieser Gruppe. Auffällig, wenn auch nicht weiter interpretierbar, ist zunächst der mit 6,9 Prozent relativ große Anteil ungültiger Erststimmen, insbesondere in der höchsten Altersgruppe. Weitere 9,5 Prozent der gültigen Zweitstimmen entfallen auf – nicht differenziert erfasste und daher nicht weiter aufschlüsselbare – Bewerber „sonstiger“ Parteien bzw. Einzelbewerber<sup>7</sup>. 45 Prozent der Erststimmen der Schill-Partei-Wähler erhält die CDU, die SPD-Kandidatinnen und -Kandidaten werden von 26,0 Prozent präferiert. Dieser deutliche Unterschied ist vor allem durch die 35- bis 44-Jährigen sowie die 60-jährigen und älteren Schill-Partei-Wähler bedingt, die zu jeweils knapp 50 Prozent der CDU ihre Erststimme geben. Bei den jüngeren – 18-

## Anteil der Splitting-Wähler in den Altersgruppen nach Zweitstimmenwahl bei der Bundestagswahl 2002 in Hamburg

in Prozent

Altersgruppe	SPD			GRÜNE/GAL			FDP			Insgesamt		
	Frauen	Männer	Insgesamt	Frauen	Männer	Insgesamt	Frauen	Männer	Insgesamt	Frauen	Männer	Insgesamt
18 – 24 Jahre	22,4	20,8	21,8	75,0	71,7	73,3	} 60*	} 54*	59	40,0	42,1	40,0
25 – 34 Jahre	17,3	18,5	17,9	62,3	65,3	63,8			55	35,7	36,1	36,0
35 – 44 Jahre	19,0	11,7	15,3	53,9	65,5	60,0	56	56	56	30,5	31,1	30,9
45 – 59 Jahre	13,0	7,6	10,3	68,3	73,8	71,0	49	54	52	27,6	27,7	27,7
60 Jahre u. älter	5,8	4,9	5,5	68,5	77,7	71,8	45	58	51	16,2	18,5	17,5
Insgesamt	12,7	10,7	11,8	63,5	69,1	66,3	51	56	54	25,8	28,3	27,2

\* Wegen kleiner absoluter Zahlen zusammengefasste Altersgruppen  
Repräsentative Wahlstatistik (einschließlich Briefwahl)

Tabelle 3

bis 34-jährigen<sup>8</sup> – Wählern sind dagegen die Erststimmpräferenzen zugunsten der CDU mit 37,0 Prozent und der SPD mit 35,9 Prozent nahezu ausgeglichen.

Unterschiede in der Vergabe ihrer Erststimmen ergeben sich auch zwischen den Wählerinnen und den Wählern der Schill-Partei. Bei beiden Gruppen ist die CDU die häufigste Wahl, ausgeprägter allerdings bei den Männern (46,8 Prozent) als bei den Frauen (42,3 Prozent). Die Schill-Partei-Wählerinnen entscheiden sich häufiger als die Männer für SPD-Wahlkreisbewerber (28,4 Prozent gegenüber 23,9 Prozent) sowie für Kandidaten der FDP (12,1 Prozent gegenüber 7,9 Prozent), seltener hingegen für Bewerber sonstiger Parteien (5,0 Prozent gegenüber 12,1 Prozent).

## Folgen des Splitting-Verhaltens

Das Splitting von Erst- und Zweitstimme hat bei der Bundestagswahl 2002 weiter zugenommen. Dabei scheint „Rot-Grün“ mehr profitiert zu haben als die Oppositionsparteien CDU und FDP.

Der taktische Aspekt des Stimmensplitting wird besonders deutlich darin, dass die Wahrscheinlichkeit von Überhangmandaten erhöht wird. Das bei der Bundestagswahl 2002 in Hamburg auf die SPD entfallene Überhangmandat ist allerdings nicht dem Stimmensplitting geschuldet: In allen Wahlkreisen erzielt die SPD die re-

lativ meisten Zweitstimmen, hätte also auch ohne Erststimmüberhänge aus dem Stimmensplitting die sechs Wahlkreise deutlich gewonnen.

Für die bei dieser Wahl nach Sachlage wahrscheinlichsten Koalitionskonstellationen SPD/GRÜNE und CDU/FDP haben sich 50 Prozent der Splitting-Wähler entschieden. Nimmt man weitere aus Sicht der Wähler<sup>9</sup> denkbare Koalitionsoptionen<sup>10</sup> hinzu und berücksichtigt dabei, dass – in Hamburg – nur Kandidaten der SPD und CDU eine realistische Chance auf den Gewinn eines Wahlkreises haben, ergibt sich ein Anteil von über 65 Prozent der Splitting-Wähler, die in diesem Sinne ihre Stimmen „taktisch-rational“ vergeben.

Stimmensplitting bleibt eine wichtige Variante des Wahlverhaltens und scheint in seiner Bedeutung eher noch zuzunehmen. Daher sollte ihm die Wahlforschung entsprechende Beachtung schenken.

Jürgen Delitz

- 1 Die Stimmabgabe der Erststimme für aussichtslose Wahlkreisbewerber kleiner Parteien macht deutlich, dass auch die Erststimme Indikator für die Parteineigung sein könnte. Dies Denkmodell liegt den „Leihstimmen-“ oder „Zweitstimmen-Kampagnen“ der kleineren Parteien (GRÜNE/GAL und FDP) zu Grunde, die Wählerinnen und Wähler der großen Parteien (SPD und CDU) dafür gewinnen wollen, ihnen die Zweitstimme zu geben. Die „eigentliche“ Parteaaffinität käme dann in der Erststimme zum Ausdruck.
- 2 Bundestagswahl am 16. Oktober 1994 in Hamburg, in: „Hamburg in Zahlen“, 1994, Heft 11, S. 348

3 Ähnliche Tendenzen waren auch schon bei der Bundestagswahl 1990 zu verzeichnen. Vgl. Analyse der Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 in Hamburg, in: „Hamburg in Zahlen“, 1990, Heft 12, S. 421.

4 Auch auf eine nähere Betrachtung des Splitting-Verhaltens der Wählerschaft der „sonstigen“ Parteien – mit Ausnahme der Schill-Partei – wird wegen der Heterogenität dieser Restgruppe verzichtet. Die bei den „Sonstigen“ mitgezählte Stimmabgabe für die Schill-Partei ist im Rahmen der repräsentativen Wahlstatistik als „darunter“ gesondert ausgewiesen.

5 Vgl. etwa Schoen, Stimmensplitting bei Bundestagswahlen – ein Spiegelbild des Verhältnisses zwischen Bürgern und Parteien?, in Klein u.a. (Hrg.), 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland, Wiesbaden 2000, S. 370 ff.; Hilmer/Schleyer, Stimmensplitting bei der Bundestagswahl 1998, in: van Deth u.a. (Hrg.): Die Republik auf dem Weg zur Normalität?, Opladen 2000, S. 182 ff.

6 Wegen der relativ kleinen absoluten Zahlen sind hier die Altersgruppen der 18- bis 24-Jährigen und der 25- bis 34-Jährigen zusammengefasst worden.

7 Es handelt sich insgesamt um Bewerberinnen und Bewerber der NPD, der Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) und der DKP sowie um zwei Einzelbewerberinnen. In den einzelnen Wahlkreisen ergeben sich insofern unterschiedliche Konstellationen.

8 Im Hinblick auf die relativ geringen absoluten Zahlen sind die Altersgruppen der 18- bis 24-Jährigen und der 25- bis 34-Jährigen zusammengefasst worden.

9 Also ohne Rücksicht auf den geäußerten politischen Willen der Parteien.

10 Dazu werden hier Konstellationen gezählt, die es auf Landesebene bereits gibt, also neben den schon genannten die Erst-/Zweitstimmenkombinationen SPD/PDS, CDU/SPD, SPD/CDU sowie CDU/Schill. Vgl. dazu auch Hilmer/Schleyer a.a.O., S. 180

## Verteilung der Erststimmen der Schill-Partei-Wählerschaft nach Altersgruppen sowie Frauen und Männern bei der Bundestagswahl 2002 in Hamburg

in Prozent

	Erststimme							Insgesamt
	SPD	CDU	GRÜNE/GAL	FDP	PDS	Sonstige	ungültig	
15 – 24 Jahre	35,9*	37,0*	–	14,1*	2,2*	9,8*	1,1*	100
25 – 34 Jahre								
35 – 44 Jahre	26,9	49,2	3,0	4,5	3,0	11,9	1,5	100
45 – 59 Jahre	31,6	41,9	0,8	11,1	3,4	7,7	3,4	100
60 Jahre und älter	19,3	47,7	1,2	9,1	2,1	8,2	12,3	100
Frauen	28,4	42,3	1,7	12,1	2,5	5,0	7,9	100
Männer	23,9	46,8	0,7	7,9	2,5	12,1	6,1	100
Insgesamt	26,0	44,7	1,2	9,8	2,5	8,9	6,9	100

\*Die Altersgruppen 18 – 24 Jahre und 25 – 34 Jahre sind wegen kleiner absoluter Zahlen zusammengefasst  
Repräsentative Wahlstatistik (einschließlich Briefwahl)

Tabelle 4

# Auf dem Weg zu einer zukünftigen registergestützten Volkszählung:

## Der Zensusstest<sup>1</sup>

### Grundlagen und Anforderungen an den Zensusstest

Zum Stichtag 5. Dezember 2001 wird derzeit bundesweit der Zensusstest 2001 durchgeführt.

Mit dem Zensusstest ist ein alternatives Modell zu einer herkömmlichen Volkszählung in der Erprobung, das im Grunde zwei umfassende Ziele verfolgt: Zum einen werden Erfahrungen gesammelt, wie ein zukünftiger registergestützter Zensus ausgestaltet werden muss, zum anderen können Erkenntnisse über die Ausgangsqualität der Register gewonnen werden.

So formulierten bereits 1999 die Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ihre Erwartungen an den Zensusstest wie folgt: „Die Amtsleiter gehen davon aus, dass die aus der Durchführung des Testprogramms gewonnenen Erkenntnisse eine fundierte und ausreichende Grundlage schaffen werden, um die Statistikauglichkeit der Melderegister und anderer Register (zum Beispiel der Bundesanstalt für Arbeit) bewerten sowie die Verfahren der Haushalgenerierung und die Zusammenführung von Registerdaten und primärstatistisch gewonnenen Daten beurteilen zu können.“<sup>2</sup>

Eine der herausragenden Verpflichtungen der amtlichen Statistik besteht darin, die amtlichen Einwohnerzahlen zu ermitteln. In den Statistischen Ämtern sind Zählungen das zentrale Instrumentarium, um diese Bevölkerungszahlen mit hoher Genauigkeit und für alle regionalen Ebenen, das heißt für Bund, Länder und Gemeinden, zu regelmäßig wiederkehrenden Zeitpunkten neu festzulegen und bereitzustellen. Mit anderen Worten: Die amtlichen Einwohnerzahlen sind Ergebnis wie auch Grundlage von Zählungen.

Die amtlichen Einwohnerzahlen sind für eine Vielzahl von Aufgaben von beson-

derer Bedeutung, so

- für den kommunalen und Länderfinanzausgleich,
- als Basis für die Bevölkerungsfortschreibung,
- für die Einteilung der Wahlgebiete (gerade zur Bundestagswahl 2002 wurden in manchen Regionen die Wahlbezirke neu geschnitten) sowie
- als Auswahlgrundlage für die Ziehung von Stichproben, etwa für den Mikrozensus.

Die Einwohnerzahlen müssen kritischen Prüfungen, auch in Verwaltungsgerichtsverfahren, standhalten. Frühere Einwendungen einzelner Gemeinden zu Volkszählungsergebnissen wurden zurückgewiesen, da die Einheitlichkeit des Erhebungsverfahrens eine allgemein akzeptierte Genauigkeit der Ergebnisse garantierte. Die Einheitlichkeit ist auch für einen zukünftigen Zensus zu gewährleisten.

Aufgrund unterschiedlicher Anwendung des Melderechtsrahmengesetzes ist die Führung der Einwohnermelderegister für viele Orte nicht vergleichbar. Auch der Einsatz einer Vielzahl von Softwareprodukten zur Registerverwaltung sowie das unterschiedliche Meldeverhalten verschiedener Personengruppen haben zur Folge, dass die geforderte Einheitlichkeit für die Register nicht sichergestellt werden kann. Somit ist ein besonderes Augenmerk auf die Gesamtheit aller im Rahmen des Zensusstests eingesetzten Verfahren zu richten.

Der Zensusstest ist so konzipiert, dass die eingesetzten Verfahren, zum Beispiel die Mehrfachfallprüfung und Haushalgenerierung, die der statistischen Kontrolle und Korrektur von Fehlern dienen, es ermöglichen, eine vergleichbare Genauigkeit der Ergebnisse zwischen den Gemeinden herzustellen. Des Weiteren haben sie den Zweck, Ungenauigkeiten in den aus den Melderegistern gewonnenen Angaben auf-

zudecken und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie diese Fehler zur Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl herausgerechnet werden können.

Die erwarteten Mängel zeigen sich in den sogenannten „Karteileichen“ und Fehlbeständen bzw. Über- und Untererfassungen, die durch einen Vergleich der Ergebnisse von Melderegisterauswertungen mit parallelen Erhebungen – vor allem der Haushaltebefragung und der Gebäude- und Wohnungszählung – ermittelt werden können. So werden Einwohner festgestellt, die unter einer Adresse gemeldet sind, aber dort nicht mehr wohnen („Karteileichen“/Übererfassung) oder unter einer Adresse werden Personen von einem Interviewer angetroffen, ohne dass es einen Eintrag im Melderegister gibt (Fehlbestand/Unterfassung). Die aus den Vergleichen rechnerisch abzuleitenden „Karteileichen“- und Fehlbestandsraten sind ein Gradmesser für die Genauigkeit der Melderegister auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene.

Im Verlauf des Zensusstests werden die Ergebnisstände nach allen relevanten Erhebungsschritten festgehalten, so dass die Ergebnisse vor und nach Durchführung der Einzelverfahren vergleichbar sind.<sup>3</sup> Der Vergleich der bei diesen Verfahren ermittelten Einwohnerzahlen mit den aus den Melderegistern gewonnenen Daten eröffnet die Möglichkeit festzustellen, in welchem Maße welche der Verfahren – zur Erfassung der Über- und Untererfassungen – geeignet sind, zur Qualitätsverbesserung beizutragen.

Die Tauglichkeit des Modells für einen zukünftigen registergestützten Zensus muss sich an diesen Ergebniswerten messen lassen. Insbesondere im Hinblick auf die Akzeptanz und Ausgestaltung eines zukünftigen Zensus gilt es, die Eignung des Modells auf einer empirisch nachvollziehbaren, fundierten Basis zu quantifizieren.

In einer Arbeitsgruppe, die sich aus Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Statistischen Bundesamtes, einiger Statistischer Landesämter, Mitgliedern des Deutschen Städtetages und Personen aus der Wissenschaft zusammensetzt, wurde vor allem unter Heranziehung der Ergebnisse der Wiederholungsbefragung 1987 ein Orientierungswert festgelegt:

„Das Zensusverfahren muss so leistungsfähig sein, dass auf allen regionalen Ebenen eine vergleichbar hohe Qualität erzielt wird. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, wird beschlossen, den Orientierungswert für unsaldierte Über- und Untererfassungen mit jeweils 0,6 % zu bestimmen. Dieser Wert gilt für den Bund, die Länder sowie Gemeindegrößenklassen und bezieht sich jeweils auf die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung.“<sup>4</sup>

## Organisation und Aufbau der Zensustestverfahren

Der Zensustest ist ein sehr komplexes Gebilde, das sich zusammensetzt aus:

- primärstatistischen Erhebungen:
  - der Haushaltebefragung und
  - der postalischen Gebäude- und Wohnungszählung,
- Registerauswertungen:
  - Auswertungen der Einwohnermelderegister und
  - Auswertungen der erwerbsstatistischen Register der Bundesanstalt für Arbeit sowie
- Verfahren:
  - der Mehrfachfallprüfung und
  - der Haushaltegenerierung.

Einige dieser Erhebungen und Verfahren finden parallel, andere in Kombination miteinander und einige aufeinander aufbauend statt. Sie sind zusammengefasst unter den thematischen Überschriften: Registertest, Verfahrenstest, inklusive Haushaltegenerierung und Mehrfachfallprüfung. Während der Registertest die Auswertung der Melderegister und die Haushaltebefragung zur Aufdeckung der Fehlbestände und „Karteileichen“ umfasst, werden im Verfahrenstest die anderen Bestandteile des Zensustests umgesetzt.

Auf der organisatorischen Ebene ist diese Aufgabenverteilung abgebildet in einer Projektstruktur, die sich aus sechs Projektgruppen zusammensetzt, von der „Mehr-

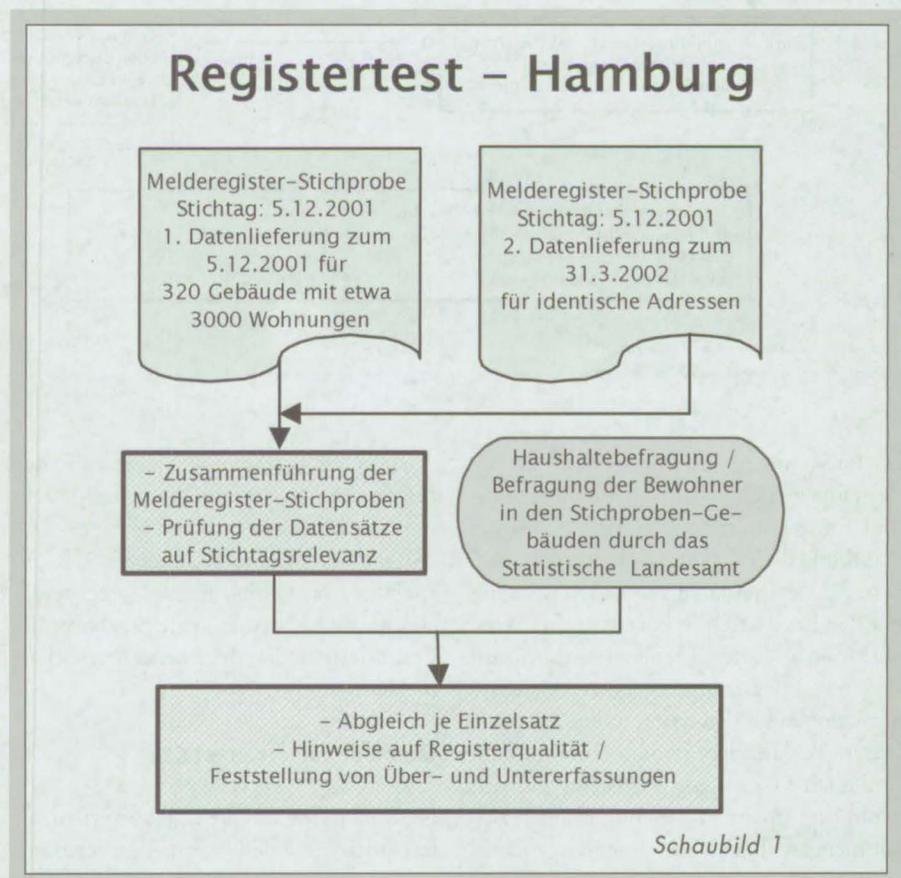
fachfallprüfung“ als Projektgruppe 1 (PG1) bis zur PG6 – „Erwerbsstatistische Register“. Darüber hinaus gibt es die Projektgruppe „Evaluation der Ergebnisse“ – die PG7, die Projektleitung und den Lenkungsausschuss. In jeder der Gruppen arbeiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Statistischen Bundesamtes und je einiger Statistischer Landesämter mit, in der PG7 darüber hinaus Mitglieder des Deutschen Städtetages und Personen aus der Wissenschaft; im Lenkungsausschuss sind der Leiter des Statistischen Bundesamtes sowie mehrere Leiter der Statistischen Landesämter vertreten.

## Der Registertest

### Die Stichprobenziehung

Basis des Registertests ist eine Stichprobe, die zweistufig und größenproportional gezogen wurde. Die Stichprobe bildet die Grundlage zur Beurteilung der Ergebnisse für alle Gebietseinheiten und musste so geschnitten werden, dass Aussagen mindestens auf der Ebene von Gemeindegrößenklassen möglich sind. Da sich die

Registermängel vor allem in Ballungsgebieten, in den großen Gebäuden großer Städte, zeigen werden, wurden bei der Stichprobenziehung zuerst die Gemeinden, so dann in einem mathematischen Auswahlverfahren, das die größeren Gebäude „bevorzugt“, die Gebäudeadressen ausgewählt. Einige Sonderfälle wie Anstalten, Konsulate und die Adressen des Mikrozensus 2001 blieben unberücksichtigt. Für alle zum Stichtag gemeldeten Personen wurden die Datensätze von den Einwohnermeldeämtern unter den ermittelten Gebäudeadressen angefordert. Es musste allerdings die Tatsache berücksichtigt werden, dass sich etliche Bürgerinnen und Bürger erst nach geraumer Zeit nach einem Umzug an- bzw. abmelden und dass die Zu- oder Fortzugsmeldungen nicht in allen Meldeämtern immer unverzüglich im Register aufgenommen werden. Um diese Verzögerungen auszugleichen, wurde die Stichprobe zu zwei Zeitpunkten gezogen, dem 5. Dezember 2001 und dem 31. März 2002. Die Zusammenführung beider Datenbestände ermöglicht es, die stichtagsrelevanten Daten zu ermitteln. Für das gesamte Bundesgebiet wurden die Meldedaten von etwa 38 000



Gebäuden aus 555 Gemeinden in den Test einbezogen.

### Die Haushaltebefragung

Der zweite Teil des Registertests, die Haushaltebefragung, erstreckt sich auf alle Haushalte in den durch die Stichprobe ermittelten Gebäuden. Durch die Begehung mit

denen die Interviewerinnen und Interviewer Eintragungen zu nicht erreichbaren Personen, Haushalten oder ganzen Wohnungen und Gebäuden machen. Es handelt sich dabei um Hinweise auf zum Beispiel Fortzüge, Gebäude- oder Wohnungsleerstand, mit denen Abweichungen zwischen Registerdaten und Befragungsergebnissen plausibel erklärt werden können. Nach dem

ausgewählt mit etwa 16 000 Gebäudeadressen.

### Die Gebäude- und Wohnungszählung

Im Gegensatz zu den Melderegistern findet sich ein flächendeckendes Register mit Angaben zu Gebäuden, Wohnungen und Eigentümern in keinem Bundesland. In jedem Zensus sind die Angaben zum Gebäude- und Wohnungsbestand und zur Wohnsituation der Bürgerinnen und Bürger ein zentraler Bestandteil, der sich in der Bundesrepublik nur über eine Befragung erschließen lässt. Insofern ist im Rahmen des Zensusstests eine Gebäude- und Wohnungszählung unerlässlich; sie wurde auf postalischem Weg durchgeführt.

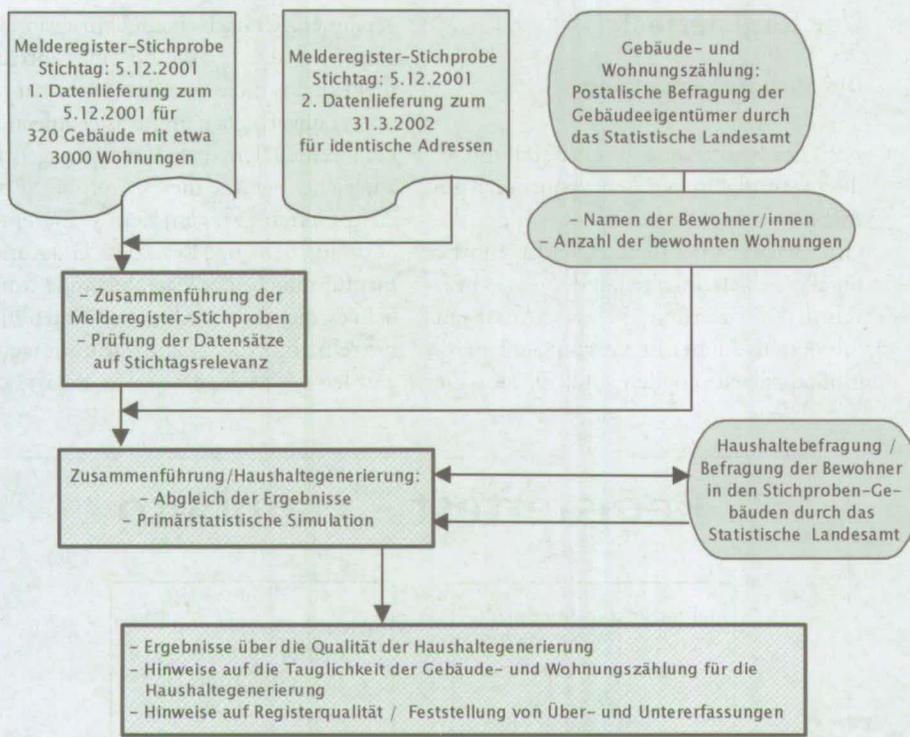
Die Gebäudeeigentümer oder -verwalter werden zu den Wohnungen, zu deren Größe und Ausstattung, aber auch nach Namen und Einzugsdaten der Wohnungsinhaber und Bewohner befragt. Diese Informationen sind aus zwei Gründen notwendig: Zum einen soll ermittelt werden, inwieweit sich durch eine Gebäude- und Wohnungszählung vollständig und vollzählig die für einen Zensus geforderten Angaben zur Wohnsituation ermitteln lassen. Der Abgleich der Ergebnisse der Haushaltebefragung und der Gebäude- und Wohnungszählung geben darüber Aufschluss. Zum anderen sind die Angaben über Namen und Anzahl der Wohnungsnutzer wesentlicher Bau-

stein der Haushaltegenerierung. Auch für diesen Zweck wird die Verwendungsmöglichkeit einer Gebäude- und Wohnungszählung geprüft.

### Die Haushaltegenerierung

Dieser Verfahrensteil ist der komplexeste und auch schwierigste des gesamten Zensusstests. Abweichend vom bislang verwendeten statistischen Haushaltsbegriff, der das „gemeinsame Wohnen und Wirtschaften“ voraussetzt, muss im Rahmen des Zensusstests ausschließlich der Tatbestand des

## Verfahrenstest – Hamburg<sup>1)</sup>



1) ohne Abgleich BA-Dateien

Schaubild 2

Interviewerinnen und Interviewern, die im Zeitraum zwischen dem 5. Dezember 2001 und Ende Januar 2002 stattfand, wurde ein Abbild des Ist-Zustands hergestellt, mit dem die Registerdaten verglichen werden. Für den Registertest ist ein eingeschränktes Spektrum an Daten, vor allem Angaben zur Person von Bedeutung. Da noch andere Informationen für den weiter unten beschriebenen Verfahrenstest benötigt werden, sind auch Fragen zum Haushalt und zur Wohnung in einem Erhebungsbogen zusammengestellt. Parallel werden Organisationspapiere geführt, die Verteilunglisten, in

Abgleich der Befragungsergebnisse mit den Daten der Meldeämter kann festgestellt werden, in welchem Umfang Über- und Untererfassungen zu erwarten sind. Es gilt auch hier das Verbot des Melderegisterabgleichs, das heißt, dass keine Ergebnisse des Zensusstests an die Meldebehörden rückgemeldet werden.

### Der Verfahrenstest

Die Stichprobe, auf die sich der Verfahrenstest stützt, ist eine Untermenge der Basisstichprobe. Es wurden 222 Gemeinden

gemeinsamen Wohnens zur Bestimmung der Haushaltszugehörigkeit erfüllt sein. Der Wechsel des Haushaltsbegriffs ist insofern von Bedeutung, als im Falle eines registergestützten Zensus für viele Personen die Informationen über ihre Zugehörigkeit zu einer Lebensgemeinschaft und ihren Lebensunterhalt nicht vorliegen werden.

Das bereits bekannte Verfahren der rein maschinellen Haushaltgenerierung auf Basis der Melderegister hat Schwächen in der Zuordnung nicht verzeigter<sup>5</sup> Personen und weist eine überhöhte Anzahl an Einpersonenhaushalten aus.<sup>6</sup> Dieses Verfahren wurde für den Zensustest überarbeitet. Die Registerdaten werden mit den Angaben aus der Gebäude- und Wohnungszählung kombiniert sowie durch Angaben aus der Haushaltebefragung abgeglichen beziehungsweise ergänzt.

Dies geschieht in mehreren Schritten: Die Daten der Melderegister werden auf der Basis der internen Verzeigerungen zu Kernhaushalten zusammengeführt und es werden die Anzahl bewohnter Wohnungen in einem Gebäude ermittelt, denen die Haushalte, die um die Wohnungsinhaber aus der Gebäude- und Wohnungszählung gebildet werden, zugeordnet werden können. Die Zusammenführung von Melderegister und Gebäude- und Wohnungszählung schließlich wird in einem mehrstufigen, hierarchisch strukturierten Namensabgleichsverfahren durchgeführt. Ziel ist es, Paarigkeit zwischen den Daten der Wohnungsinhaber aus der Gebäude- und Wohnungszählung und den gemeldeten Personen unter der selben Adresse herzustellen. Einige unpaarige Fälle können durch mögliche Zuordnungen zu den Verzeigerungen der Kernhaushalte bereinigt werden. Bei anderen Zweifelsfällen wird aufgrund der Übereinstimmung von bestimmten Merkmalen oder deren Kombination miteinander in den Registerdaten die Zugehörigkeit zu einem Haushalt als hoch wahrscheinlich angenommen. In einem weiteren Schritt werden die gebildeten Haushalte einer empirischen Kontrolle anhand der Ergebnisse der Haushaltebefragung unterzogen. Einige der Unpaarigkeiten, die in den vorhergehenden Schritten nicht zu klären waren – seien sie durch eine Erhebungslücke in der Gebäude- und Wohnungszählung oder fehlende Angaben im Melderegister entstanden – können nun noch durch die Ergebnisse der Haushaltebefra-

gung bereinigt werden.

In einem späteren Zensus muss in dieser Phase entschieden werden, ob ergänzende Erhebungen durch Interviewerinnen und Interviewer notwendig oder sogar unverzichtbar sind. Insofern wird dieser Arbeitsschritt auch als „primärstatistische Simulation“ bezeichnet. Er gibt Hinweise darauf, in welchem Umfang die Qualität der Ergebnisse durch eine Vor-Ort-Erhebung verbessert werden kann.

In diesem Verfahrensteil wird also die Brauchbarkeit der Gebäude- und Wohnungszählung für die Haushaltgenerierung getestet, die Notwendigkeit von primärstatistischen (Teil-) Erhebungen untersucht und letztendlich aber auch wieder die Genauigkeit der Melderegister geprüft. Ungenaue Ergebnisse können in Über- und Untererfassungen ihre Begründet sein.

### Informationen zur Erwerbstätigkeit

Die Informationen aus den Melderegistern decken in manchen Bereichen nicht den Informationsbedarf, der an einen Zensus gestellt wird. Als Ergänzung um Angaben zur Erwerbstätigkeit werden Daten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Arbeitslosen und Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Maßnahmen zu Fort- und Weiterbildung herangezogen. Die Bundesanstalt für Arbeit (BA) liefert diese Daten für alle Personen, die unter den Adressen der Unterstichprobe geführt werden. Wie auch bei der Haushaltgenerierung muss hier durch ein Namensabgleichsverfahren, allerdings ergänzt um Angaben zum Geschlecht und Geburtsdatum, die Zusammenführung der BA-Dateien mit den Daten der Melderegister und der Haushaltebefragung umgesetzt werden. Unpaarigkeiten werden letztendlich manuell in einem Dialogverfahren bearbeitet. Der Vergleich mit den Ergebnissen der Haushaltebefragung dient der Kontrolle, inwieweit die Angaben der BA mit der Wirklichkeit, wie sie von den Befragten dargestellt wird, übereinstimmen.

Während die BA-Dateien Informationen zum Erwerbsverhalten für einen hohen Prozentsatz der Bevölkerung liefern, bleiben Angaben über Selbstständige, Beamte und sonstige Beschäftigte unberücksichtigt. Auch fehlen Hinweise zum Bildungsstand, über den es keine verlässlichen Register gibt. Zu einem späteren Zeitpunkt

kann geprüft werden, ob Stichprobenbefragungen oder Daten aus anderen Quellen oder Erhebungen wie dem Mikrozensus diese Datenlücken schließen können. Das Ziel dieses Verfahrensteils im Rahmen des Tests ist es, die Qualität der BA-Dateien für einen registergestützten Zensus zu ermitteln.

### Die Mehrfachfallprüfung

Parallel zu den oben beschriebenen Verfahren werden Daten der Melderegister in einem weiteren Arbeitsgang auf doppelte Eintragungen hin untersucht. Ein „Doppelfall“ liegt dann vor, wenn in den Melderegistern für eine Person mehr als eine Haupt- oder alleinige Wohnsitzmeldung gefunden wird oder wenn sie ausschließlich mit Nebenwohnsitz eingetragen ist. Diese Registerfehler können sowohl durch nicht korrektes Meldeverhalten der Einwohner wie auch durch verzögerte Bearbeitung in den Meldeämtern verursacht werden. In einem späteren Zensus führen diese Fälle zu Doppelzählungen oder fälschlicher Annahme von Fehlbeständen. Für den Zensustest wurde eine Stichprobe aus allen Melderegistern der Bundesrepublik gezogen, die Angaben für Bürgerinnen und Bürger enthält, die am 1. Januar, 15. Mai oder 1. September geboren sind oder deren Geburtsdatum nicht oder unvollständig vorhanden ist. Es handelt sich um etwa 970 000 Personen, etwa 1,2 Prozent der Bevölkerung.

In den Statistischen Landesämtern erfolgt eine erste Eingangskontrolle, die weitere Bearbeitung der Daten obliegt dem Statistischen Bundesamt, um die zentrale Auswertung über alle Bundesländer zu ermöglichen. Mit Programmen externer Softwareanbieter werden die wahrscheinlichen Doppelfälle festgestellt. Da es sich in Einzelfällen auch um Doppelgänger handeln kann, werden die Bürgerinnen und Bürger angeschrieben und erhalten ein Auflistung der Adressen, unter denen ihre Angaben in den Melderegistern gefunden wurden. Sie werden gebeten, ihren tatsächlichen Wohnort und Wohnstatus anzugeben. Die Bearbeitung der Rückantworten erfolgt in den Statistischen Landesämtern, in deren Zuständigkeitsbereich die letzte, aktuelle Adresse vorliegt. Wie auch bei den anderen Arbeitsgängen erfolgt keine Rückkopplung mit den Meldeämtern.

## Die Erhebungen in Hamburg

### Ermittlung der Eigentümer-/Verwalteradressen für die Gebäude- und Wohnungszählung

Für die Ermittlung der Eigentümer der in die Stichprobe aufgenommenen Gebäude trat das Statistische Landesamt an das Amt für Geoinformation und Vermessung heran. Noch vor Beginn der Befragung wurden die Eigentümer und Verwalter in einer Vorab-Anfrage angeschrieben und gebeten, die Richtigkeit der Eigentumsverhältnisse und Zuständigkeiten zu bestätigen oder zu korrigieren. In nahezu 18 Prozent der Fälle erwiesen sich die angeschriebenen Adressen oder Eigentümerzuordnungen als fehlerhaft; 35 Prozent der Angesprochenen meldeten nicht zurück. Unter Einbeziehung der Eigentümerverzeichnisse für die geforderten Adressen, die beim Amt für Stadtreinigung geführt werden, konnten schließlich alle offenen Fälle geklärt werden.

### Stichprobenziehung

Die Stichprobe umfasste 320 Gebäudeadressen. Die Ziehung aus dem Melderegister war für Hamburg einfach, da nur mit einer Einwohnermeldestelle zusammengearbeitet werden musste. Die Einwohnerdaten werden in einer Großrechnerdatenbank gespeichert und wurden in dem vorgegebenen Format abgezogen und übermittelt. Vereinheitlichungen von un-

terschiedlichen Formaten, wie sie in anderen Bundesländern durchzuführen waren, entfielen. In den 320 Gebäuden sind rund 6000 Personen in etwa 3000 Haushalten gemeldet.

### Befragungsverlauf

Für die Haushaltebefragung wurden 81 Interviewerinnen und Interviewer eingesetzt. Innerhalb von sieben Wochen – vom Stichtag 5. Dezember 2001 bis Ende Januar 2002 – waren 80 Prozent der Fragebogen ausgefüllt im Statistischen Landesamt eingegangen, größtenteils durch die Interviewer, zum kleineren Teil per Post von den Bürgerinnen und Bürgern, die die Möglichkeit der Selbstausfüllung genutzt haben. Im Juni 2002 betrug die Außenstände etwas mehr als ein Prozent. Diese Zahl belegt eindeutig die insgesamt gute Resonanz, mit der auch die Befragten auf den Zensus test reagierten.

Die Gebäude- und Wohnungszählung verlief ebenfalls sehr positiv: Bis Ende Januar 2002 lagen 93 Prozent der verschickten Fragebogen ausgefüllt wieder vor. Erst im Verlauf des Tests stellte es sich als besonderes Problem heraus, die seit den letzten Gebäude- und Wohnungszählungen gewachsene Anzahl an Wohnungseigentümern zu erreichen. Weder die ehemaligen Gebäudeeigentümer noch die aktuellen Verwalter waren in etlichen Fällen in der Lage, zutreffende Angaben zu den Wohnungen und Wohnungsinhabern zu machen. Sowohl die Ermittlung der Namen

und Adressen der Eigentümer als auch der Zuwachs an Adressaten erhöht den Aufwand erheblich. Allein der Umfang der anzuschreibenden Personen von etwa 300 Gebäudeeigentümern und -verwaltern stieg mit zusätzlich 200 Wohnungseigentümern auf über 500.

Mit den ersten Ergebnissen aus dem Zensus test, die gemeinsam vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern präsentiert werden sollen, ist voraussichtlich ab Mitte 2003 zu rechnen.

*Sigrid Berger*

- 1 Dieser Text ist die Niederschrift eines Vortrags, der am 3. Juli 2002 in Dortmund auf dem Workshop des Verbandes Deutscher Städtestatistiker (VDSt) zum Thema „Volkszählung ja! Aber wie?“ gehalten wurde. Die dargestellten Erhebungserfahrungen und -ergebnisse geben den Stand Juni 2002 wieder.
- 2 Protokoll der Amtsleiterkonferenz vom 9./10. November 1999
- 3 Aus statistisch-methodischen Gründen können die Ergebnisse des Tests nicht für jede beteiligte Gemeinde ausgewiesen werden, sondern nur nach vier Gemeindegrößenklassen; zusätzlich wird die Streuung zwischen den Gemeinden in den Tabellen dargestellt.
- 4 Sitzung der Arbeitsgruppe „Orientierungswerte zur Beurteilung der Ergebnisse des Zensus tests“, 12. März 2002, Wiesbaden
- 5 Verzeigerungen sind Merker in den Meldedaten-sätzen, die Hinweise auf Familienbeziehungen zwischen den gemeldeten Personen geben.
- 6 In Hamburg wird die Haushaltegenerierung bereits seit 1998 durchgeführt. Siehe dazu : Bach, Hans-Jürgen: „Haushaltegenerierung: Eine neue Quelle zur Gewinnung von Haushaltsdaten“ in „Hamburg in Zahlen“, Heft 5/1998 und „Privathaushalte aus dem Melderegister“ in „Hamburg in Zahlen“, Heft 10-12/2000.

# Wegweiser zu statistischen Informationen – Bereich Bauen und Wohnungen

Zum Themenkomplex „Bauen und Wohnungen“ bietet die amtliche Statistik ein breites Spektrum an Informationen. Um den Dateninteressenten die Orientierung über das vorhandene Material zu erleichtern, sind die einschlägigen Erhebungen in der nachstehenden Übersicht zusammengefasst und im Einzelnen gekennzeichnet:

Statistik	Periodizität	Berichtskreis	Merkmale	Erkenntnisziele
<b>Berichtssystem im Baugewerbe</b>				
1. Monatsbericht im Bauhauptgewerbe	monatlich	Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten und Arbeitsgemeinschaften (Ergebnisse werden hochgerechnet auf alle Betriebe).	Tätige Personen nach Stellung im Betrieb, Ausländer; Bruttolohn- und Gehaltssumme; Gesamtumsatz nach Arten; Arbeitsstunden, baugewerblicher Umsatz und Auftragseingänge nach Art der Bauten, Auftraggeber und nach Lage der Baustelle.	Zeitnahe Daten zur Beurteilung der konjunkturellen Situation und der regionalen Arbeitsmarktlage, Grundlage für Konjunkturprogramme im Baugewerbe und zur Berechnung von Indizes. Auftragseingang als wichtiger Vorlaufindikator.
2. Vierteljahresbericht im Ausbaugewerbe	vierteljährlich	Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten	Tätige Personen nach Stellung im Betrieb; Bruttolohn- und Gehaltssumme; Arbeitsstunden; Gesamtumsatz. Alle Merkmale nach dem Wirtschaftszweig des Betriebes.	Entwicklung im Ausbaugewerbe. Ergänzung der beim Monatsbericht für das Bauhauptgewerbe genannten Ziele.
3. Auftragsbestandsstatistik im Bauhauptgewerbe	vierteljährlich	Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten und Arbeitsgemeinschaften.	Auftragsbestände nach Art der Bauten, Auftraggeber und Lage der Baustelle.	Übersicht über das Auftragsbestandspotenzial nach Bundesländern. Wichtiger Konjunkturindikator.
4. Totalerhebung im Bauhauptgewerbe	jährlich (jeweils im Juni)	Alle Betriebe und Arbeitsgemeinschaften.	Tätige Personen; Bruttolohn- und Gehaltssumme; Arbeitsstunden und baugewerblicher Umsatz nach Art der Bauten und Auftraggeber; Gesamtumsatz (Juni und Vorjahr. Alle Merkmale nach dem Wirtschaftszweig des Betriebes.	Ergänzende Informationen über bauhauptgewerbliche Kleinbetriebe. Basis für die Hochrechnung der Monatsergebnisse.
5. Jahresherhebung im Ausbaugewerbe	jährlich (jeweils im Juni)	Betriebe des Ausbaugewerbes von Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten.	Wie im Vierteljahresbericht für das Ausbaugewerbe, Gesamtumsatz des Vorjahres. Alle Merkmale nach dem Wirtschaftszweig des Betriebes	Ergänzende Mindestinformationen für ausbaugewerbliche Mittelbetriebe.
6. Jahres- und Investitions-Erhebung im Bauhauptgewerbe	jährlich	Unternehmen und Arbeitsgemeinschaften mit 20 und mehr Beschäftigten.	Tätige Personen; Bruttolohn- und Gehaltssumme; Jahresbauleistung (Inland, Ausland); sonstige Umsätze; Investitionen nach Arten; Erlöse aus dem Abgang von Sachanlagen. Alle Merkmale nach dem Wirtschaftszweig des Unternehmens.	Ergänzende unternehmensbezogene Daten zur Analyse konjunktureller, struktureller und regionaler Veränderungen; Kostenfaktoren, Investitionstätigkeit. Bildung betrieblicher Kennziffern. Grundlage für die Kostenstrukturserhebung.
7. Jahres- und Investitions-Erhebung im Ausbaugewerbe	jährlich	Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.	Wie Jahres- und Investitionserhebung im Bauhauptgewerbe. Aber: statt Jahresbauleistung Umsatz nach Arten. Alle Merkmale nach dem Wirtschaftszweig des Unternehmens.	Wie Jahres- und Investitionserhebung im Bauhauptgewerbe.
8. Kostenstruktur-Erhebung im Baugewerbe	jährlich	Stichprobe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. Voraussichtlich ab 2002 zusätzliche Stichprobe von Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten bei eingeschränktem Merkmalsumfang.	Tätige Personen; Umsätze (im Bauhauptgewerbe auch Jahresbauleistung); selbst-erstellte Anlagen; Material-, Wareneingang; Material-, Warenbestände; Kosten nach Kostenarten; Umsatzsteuer; Subventionen; Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Alle Merkmale nach dem Wirtschaftszweig des Unternehmens.	Überblick über die Kosten- und Ertragssituation in den Unternehmen. Basismaterial für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Input-Output-Analysen und Indizes. Nur Bundesergebnisse.

Statistik	Periodizität	Berichtskreis	Merkmale	Erkenntnisziele
<b>Umweltrelevante Daten über das Baugewerbe</b>				
9. Erhebung über die Aufbereitung und Verwertung von Bauschutt, Baustellenabfällen, Bodenaushub und Straßenaufbruch	2-jährlich, zuletzt 2000	Betreiber von Recycling-Anlagen für Bauschutt, Baustellenabfälle, Bodenaushub und Straßenaufbruch.	Angaben zur Art der Anlage, Menge der in der Anlage eingesetzten Stoffe.	Ergänzung der Abfallstatistiken, Erkenntnisse über die Wiederverwendung von Abfällen.
10. Erhebung über die Aufbereitung und Verwertung von Ausbausphal in Asphaltmischanlagen	2-jährlich, zuletzt 2000	Betreiber von Recyclinganlagen für Ausbausphal in Asphaltmischanlagen.	Angaben zur Art der Anlage, Menge der in der Anlage eingesetzten Stoffe.	Ergänzung der Abfallstatistiken, Erkenntnisse über die Wiederverwendung von Abfällen.
11. Erhebung über den Einsatz von Bodenaushub, Bauschutt und Straßenaufbruch bei Bau- und Rekultivierungsmaßnahmen der öffentlichen Hand	2-jährlich, zuletzt 1999	Bauaufsichtsbehörden	Eingesetzte Mengen für Straßenbau, Wegebau, Lärmschutzwälle, Rekultivierungsmaßnahmen etc.	Ergänzung der Abfallstatistiken, Erkenntnisse über die Wiederverwendung von Abfällen.
<b>Bautätigkeit und Wohnungen</b>				
12. Statistik der Baugenehmigungen	laufende Erfassung (monatlich eingeschränkte und jährlich ausführliche Aufbereitung).	Bauherren, Architekten sowie Bauaufsichtsbehörden.	Gebäudeart; Art der Bautätigkeit; Geschossfläche; Zahl der Vollgeschosse; Kosten des Bauwerks; Ausstattung; Bauherrngruppe; Wohnungen nach Anzahl der Räume.	Informationen über die Nachfrage nach Bauleistungen im Hochbausektor in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung; Grundlage für bau- und wohnungspolitische Entscheidungen; Indikator für die Stimmungslage in der Bauwirtschaft.
13. Statistik der Baufertigstellungen	laufende Erfassung (monatlich eingeschränkte und jährlich ausführliche Aufbereitung).	Bauherren, Architekten sowie Bauaufsichtsbehörden.	Wie Statistik der Baugenehmigungen.	Ausführliche Strukturübersicht über den Hochbau in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung; Ergänzende Informationen über Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden als Indikator für die Sanierung des Wohnungsbestandes.
14. Statistik des Bauüberhangs (genehmigte Baumaßnahmen, die zum Stichtag noch nicht abgeschlossen sind sowie erloschene Baugenehmigungen)	jährlich (Stichtag 31.12.)	Bauherren, Architekten sowie Bauaufsichtsbehörden.	Art des Gebäudes; Art der Bautätigkeit; Art und Zahl der Wohnungseinheiten; Angaben zum Baufortschritt.	Überblick über die zeitliche Abwicklung der genehmigten Bauprojekte. Anhaltspunkt für die weitere Entwicklung der Baukonjunktur.
15. Abgangs-Erhebung	laufende Erfassung (jährliche Aufbereitung)	Eigentümer, Bauaufsichtsbehörden	Eigentümerngruppen; Gebäude nach Art und Alter; Abgang (einschl. Nutzungsänderungen) nach Größe, Art und Ursache; städtebauliche Festsetzungen.	Überblick über den Umfang der Abrisse aufgrund von Baumängeln oder gezielter Flächensanierung sowie über Umwandlung von Wohnraum in andere Nutzungsformen. Notwendiges Korrektiv für die Fortschreibung des Wohnungsbestandes.
16. Gebäude- und Wohnungszählung	In größeren Zeitabständen, zuletzt 1968 und 1987 (im Zusammenhang mit der Volkszählung). Vereinfachtes Verfahren in Planung.	Eigentümer und Haushaltsvorstände; Verwalter von Eigentum.	Gebäude nach Arten, Eigentumsverhältnissen, Baujahr, öffentlicher Förderung; Wohnungen nach Zahl, Lage, Ausstattung, Beheizungsart, Eigentums- und Besitzverhältnissen, Größe (Raumzahl und Fläche), öffentlicher Förderung, Miete, evtl. Leerstehen.	Grundlage für tiefe fachliche und regionale Gliederungen des gesamten Gebäude- und Wohnungsbestandes. Basiszählung für nachfolgende Stichprobenerhebungen. Entscheidungsgrundlage für Maßnahmen auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft und des Wohnungsbedarfs.

Statistik	Periodizität	Berichtskreis	Merkmale	Erkenntnisziele
<b>Noch: Bautätigkeit und Wohnungen</b>				
18. Wohnungsstichprobe	unregelmäßig, zuletzt 1993	1 % der Haushalte; Eigentümer, Verwalter von Eigentum.	Gebäude: Gebäudeart, Zahl der Wohnungen, Geschosshöhe, Beheizung, Unterkellerung, Garagen, Nutzungsart, Größe des Grundstücks. Bei Wohngebäuden: Feuerversicherungswert. Eigentumserwerb; Mieteinnahmen, Modernisierungsmaßnahmen, Finanzierung und Kosten; Wohnungen: Gebäudeart, Wohnungsart, Baualter, Besitzverhältnisse, Größe, Ausstattung, Beheizung nach Arten, öffentliche Förderung, Bezugsjahr und Belegungszahl. Bei Mietwohnungen: Miethöhe, Art der Wohnung, Modernisierungsmaßnahmen. Haushalte: Struktur und Größe; soziale Stellung, Staatsangehörigkeit, Alter und Geschlecht des Haushaltsvorstandes; Beurteilung der Wohnverhältnisse; PKW-Besitz und -Abstellung; Bezug von Wohngeld; Miethöhe.	Überblick über Struktur und Qualität des Gebäude- und Wohnungsbestandes. Informationen über die Wohnsituation der Haushalte und das Wohnumfeld (Lärmbelästigung, Luftverschmutzung, Bebauungsdichte, Ausstattung mit privaten und öffentlichen Versorgungseinrichtungen, Verkehrsanbindung).
19. Mikrozensus: Ergänzungserhebung über die „Wohnsituation des Haushalts“	1980, 1982, 1985, 1987, 1998, 2002	1 % der Haushalte	Wohnungen, Freizeitwohnungen nach Art des Gebäudes, Eigentums- und Besitzverhältnissen, Baualter und Einzugsjahr, Größe (Raumzahl und Fläche), Ausstattung, Beheizung nach Art und verwendeter Heizenergie. Außerdem bei Mietern: Miethöhe und ergänzende Informationen zur Miete. Außerdem bei Eigentümern: Art und Jahr des Eigentümererwerbs.	Überblick über die Wohnsituation der Haushalte als Grundlage bau- und wohnungspolitischer Maßnahmen.
20. Statistik der Förderzusagen im Sozialen Wohnungsbau	laufende Erhebung (jährliche Aufbereitung)	Wohnungsbaukreditanstalten	Lage des Objekts, Förderempfänger, Gebäudeart, Nutzungsart, Anzahl barrierefreie Wohnungen, Dauer der Belegungsrechte von Mietwohnungen, Kosten, Finanzierung, Art der öffentlichen Förderung, Miete.	Überblick über Entwicklung und Struktur des Sozialen Wohnungsbaus.
21. Wohngeldstatistik	Vierteljährlich  jährlich	Wohngeldstellen	Zahl und Art der Anträge, Höhe des bewilligten und gezahlten Wohngeldes.  Wohngeldempfänger nach Art und Höhe des bewilligten Wohngeldes, sozialer Stellung und Zahl der Familienmitglieder; Wohnung nach Ausstattung, Wohnfläche, Jahr der Bezugsfähigkeit, Höhe der Miete und öffentlicher Förderung; Familieneinkommen.	Überblick über die sozialen Leistungen der öffentlichen Hand auf diesem Gebiet und Basis für ihre zweckmäßige Weiterentwicklung.
<b>Sonstige Statistiken mit Bezug zum Baugewerbe</b>				
22. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	jährlich	Keine originäre Erhebung, Berechnung der Werte aus den Ergebnissen der Bereichsstatistiken.	Bruttowertschöpfung, Investitionen, Erwerbstätige, Arbeitnehmer; Arbeitnehmereinkommen im Baugewerbe.	Beitrag des Baugewerbes zur Gesamtwirtschaft des Bundes und der Länder.
23. Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit	vierteljährlich	Alle Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Voll- und Teilzeitbeschäftigte, Arbeiter, Angestellte, Auszubildende, Ausländer. Alle Merkmale nach dem Wirtschaftszweig des Betriebes.	Laufender Überblick über Struktur und Veränderungen im Beschäftigtenstand des Baugewerbes.
24. Arbeitsmarktstatistiken	monatlich	Arbeitsämter	Arbeitslose, Kurzarbeiter und offene Stellen in wirtschaftssystematischer und berufssystematischer Gliederung.	Laufender Überblick über Struktur und Veränderungen des Arbeitsmarktes.
25. Umsatzsteuerstatistik	jährlich	Steuerpflichtige Unternehmen (Angaben der Finanzämter aus den Umsatzsteuervoranmeldungen).	Zahl der steuerpflichtigen (Unternehmen); Umsatz, Umsatzsteuer; nach Wirtschaftszweig und Umsatzgrößenklasse des Unternehmens.	Überblick über die Umsatzentwicklung im Baugewerbe, (aber: methodische Unterschiede zum Berichtssystem im Baugewerbe).

Statistik	Periodizität	Berichtskreis	Merkmale	Erkenntnisziele
<b>Noch: Sonstige Statistiken mit Bezug zum Baugewerbe</b>				
26. Handwerkszählung	In größeren Zeitabständen. 1963, 1968, 1977, zuletzt 1995	Alle in die Handwerksrolle eingetragenen Unternehmen.	Beschäftigte nach der Stellung im Unternehmen; Umsatz nach Art und Absatzrichtung; Löhne und Gehälter; nach Wirtschafts- und Gewerbebereich des Unternehmens.	Tiefe fachliche und regionale Gliederung für die handwerklichen Unternehmen des Baugewerbes.
27. Handwerksberichterstattung	vierteljährlich	Stichprobe aller in die Handwerksrolle eingetragenen Unternehmen.	Beschäftigte; Umsatz; nach Wirtschafts- und Gewerbebranchen.	Zeitreihe Daten für konjunkturpolitische Zwecke. Kurzfristige Wirtschaftsdiagnose. Beobachtung saisonaler Entwicklungen.
28. Verdiensterhebung im Handwerk	jährlich	Handwerkliche Betriebe – Stichprobe –	Bruttowochen- und Bruttostundenverdienste der Arbeiterinnen und Arbeiter nach Art und Gewerbebereich des Betriebes.	Struktur und Höhe der Verdienste. Laufende Wirtschaftsbeobachtung.
29. Statistik der Tariflöhne und Gehälter	laufend, halbjährliche Veröffentlichung	Zusammenstellung von Angaben aus abgeschlossenen Tarifverträgen.	Tariflich festgelegte Zeitlohnsätze bzw. Anfangs- und Endgehälter; Arbeitszeit, Urlaub; Vereinbarte Zuschläge; nach Wirtschaftsbereichen und Tarifgebieten.	Überblick über die Tarifentwicklung im Baugewerbe. Grundlage für die Berechnung verschiedener Indizes.
30. EG-Arbeitskostenerhebung	Alle vier Jahre, zuletzt 2000	Unternehmen und Betriebe – Stichprobe –	Arbeitnehmer; Löhne und Gehälter; Personalnebenkosten nach Art der Aufwendungen; nach dem Wirtschaftsbereich des Unternehmens.	Struktur und Höhe der Personalkosten für wirtschafts- und sozialpolitische Zielvorstellungen.
31. Gehalts- und Lohnstruktur-Erhebung	Alle sechs Jahre (bisher), zuletzt 2001; nächste Erhebung gepl. für 2006, danach alle vier Jahre.	Unternehmen und Betriebe – Stichprobe –	Wie bei der EG-Arbeitskostenerhebung.	Wie bei der EG-Arbeitskostenerhebung
32. Preisstatistik a) Baupreise	vierteljährlich	Unternehmen und Betriebe des Baugewerbes – Stichprobe –	Preise für ausgewählte Bauleistungen.	Beobachtung der Entwicklung der Baupreise. Berechnung von Preisindizes für Bauwerke. Konjunkturindikator für die Bauwirtschaft.
b) Kaufwerte für Bauland	vierteljährlich, zurzeit keine Aufbereitung in Hamburg	Finanzämter	Durchschnittliche Kaufwerte nach Art des Baulands, Baugebiets und Grundstücksgröße.	Beobachtung der Baulandpreise

**Bevölkerung**

**Bevölkerungsstand**

Anzahl / Monatsende

	2000	2001	2002
Januar	1 705 440	1 716 228	1 727 083
Februar	1 706 570	1 717 412	1 727 252
März	1 707 630	1 717 657	1 726 952
April	1 708 831	1 718 223	1 726 242
Mai	1 710 375	1 719 000	1 726 043
Juni	1 708 368	1 719 239	1 725 996
Juli	1 709 750	1 720 691	1 726 128
August	1 711 862	1 723 166	1 727 597
September	1 713 099	1 724 863	
Oktober	1 715 328	1 726 794	
November	1 715 935	1 727 417	
Dezember	1 715 392	1 726 363	

Veränderung

Aug 02 zu Juli 02	Anzahl	1 469
Aug 02 zu Aug 01	Anzahl	4 431
	%	0,3

**Bevölkerung**

**Bevölkerungsveränderung**

Anzahl

	2000	2001	2002
Januar	705	836	720
Februar	1 130	1 184	169
März	1 060	245	- 300
April	1 201	566	- 710
Mai	1 544	777	- 199
Juni	-2 007	239	- 47
Juli	1 382	1 452	132
August	2 112	2 475	1 469
September	1 237	1 697	
Oktober	2 229	1 931	
November	607	623	
Dezember	- 543	- 671	
Jan - Aug	7 127	7 774	1 234
Jan - Dez	10 657	12 025	

**Bevölkerung**

**Ausländische Bevölkerung**

Anzahl / Monatsende

	2000	2001	2002
Januar	262 616	261 668	260 654
Februar	263 559	261 718	260 398
März	264 716	261 139	259 281
April	266 153	260 794	258 040
Mai	267 760	260 965	257 309
Juni	266 107	260 426	256 769
Juli	266 916	260 587	255 898
August	268 073	260 587	255 561
September	269 155	260 750	
Oktober	270 534	261 323	
November	270 905	261 550	
Dezember	261 886	261 108	

Veränderung

Aug 02 zu Juli 02	Anzahl	- 337
Aug 02 zu Aug 01	Anzahl	- 5 026
	%	- 1,9

**Bevölkerung**

**Geburten**

Anzahl

	2000	2001	2002
Januar	825	910	926
Februar	1 279	1 243	1 164
März	1 367	1 282	1 198
April	1 130	1 241	1 325
Mai	1 551	1 410	1 362
Juni	1 307	1 380	1 266
Juli	1 420	1 412	1 422
August	1 530	1 429	1 415
September	1 248	1 304	
Oktober	1 357	1 419	
November	1 324	1 200	
Dezember	1 821	1 557	
Jan - Aug	10 409	10 307	10 078
Jan - Dez	16 159	15 787	

Veränderung

Jan - Aug 02 zu	Anzahl	- 229
Jan - Aug 01	%	- 2,2

**Bevölkerung**

**Wanderungen insgesamt**

Differenz von Zu- und Fortzügen

	2000	2001	2002
Januar	1 157	1 240	918
Februar	1 485	1 330	376
März	1 431	566	22
April	1 347	806	- 320
Mai	1 614	904	- 31
Juni	-1 799	286	106
Juli	1 361	2 491	228
August	1 951	2 491	1 690
September	1 360	1 666	
Oktober	2 381	2 006	
November	828	943	
Dezember	- 408	- 360	
Jan – Aug	8 547	10 114	2 989
Jan – Dez	12 708	14 729	

**Bevölkerung**

**Stadt-Umland-Wanderungen**

Differenz von Zu- und Fortzügen

	2000	2001	2002
Januar	- 505	- 301	- 314
Februar	- 197	- 176	- 329
März	- 474	- 366	- 277
April	- 725	- 462	- 415
Mai	- 572	- 615	- 481
Juni	- 589	- 550	- 383
Juli	- 502	- 460	- 531
August	- 508	- 460	- 436
September	- 768	- 617	
Oktober	- 802	- 821	
November	- 720	- 852	
Dezember	-1 303	-1 070	
Jan – Aug	-4 072	-3 390	-3 166
Jan – Dez	-7 665	-5 680	

**Bevölkerung**

**Einbürgerungsanträge<sup>1)</sup>**

Anzahl / ohne Aussiedler

	2000	2001	2002
Januar	1 001	.	559
Februar	1 138	.	554
März	1 107	.	624
April	833	.	621
Mai	1 141	.	521
Juni	907	.	572
Juli	766	.	541
August	773	.	576
September	933	.	752
Oktober	855	.	722
November	1 160	.	664
Dezember	1 617	.	614
Jan – Dez	12 231	0	7 320

**Bevölkerung**

**Vollzogene Einbürgerungen<sup>1)</sup>**

Anzahl / ohne Aussiedler

	2000	2001	2002
Januar	546	1 128	641
Februar	640	882	610
März	941	853	841
April	760	903	835
Mai	648	547	619
Juni	749	956	585
Juli	692	840	701
August	602	779	649
September	799	627	601
Oktober	650	836	492
November	1 033	982	588
Dezember	609	502	570
Jan – Dez	8 669	9 835	7 732

**Veränderung**

Jan – Dez 02 zu	Anzahl	-2 103
Jan – Dez 01	%	-21,4

1) Quelle: Behörde für Inneres – Einwohner-Zentralamt

**Gesamtwirtschaft**

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte**

Anzahl / Quartalsende

	2000	2001	2002
März	749 500	776 452	772 959
Juni	762 471	774 869	768 700
September	774 388	782 178	770 500
Dezember	776 211	780 733	

Veränderung

Sept 02 zu Juni 02	Anzahl	1 800
Sept 02 Sept 01	Anzahl	-11 678
	%	-1,5

**Gesamtwirtschaft**

**Preisanstieg in Deutschland**

für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte  
in Prozent zum gleichen Monat des Vorjahres

	2001	2002	2003
Januar	2,4	2,1	1,1
Februar	2,6	1,7	
März	2,5	1,8	
April	2,8	1,6	
Mai	3,5	1,1	
Juni	3,1	0,8	
Juli	2,6	1,0	
August	2,6	1,1	
September	2,1	1,0	
Oktober	2,0	1,3	
November	1,7	1,1	
Dezember	1,7	1,1	

**Arbeitslosigkeit**

**Arbeitslosenquote**

Prozent aller Erwerbspersonen / Monatsende

	2000	2001	2002
Januar	9,6	8,6	9,0
Februar	9,8	8,6	9,1
März	9,9	8,5	9,0
April	9,9	8,4	9,0
Mai	8,7	8,1	8,9
Juni	8,5	7,9	8,9
Juli	8,6	8,1	9,2
August	8,5	8,1	8,9
September	8,3	8,0	8,8
Oktober	8,2	8,1	8,9
November	8,1	8,2	9,0
Dezember	8,2	8,5	9,3

Veränderung

Dez 02 zu Nov 02	Differenz	0,3
Dez 02 zu Dez 01	Differenz	0,8

**Arbeitslosigkeit**

**Arbeitslose**

Anzahl / Monatsende

	2000	2001	2002
Januar	81 241	72 917	77 239
Februar	81 025	73 392	78 003
März	79 344	72 021	77 199
April	77 587	71 344	77 280
Mai	74 372	69 337	77 275
Juni	72 555	68 264	77 242
Juli	73 457	70 004	79 325
August	72 244	69 937	77 153
September	70 453	68 986	76 518
Oktober	69 393	69 762	77 233
November	69 290	70 267	78 382
Dezember	70 188	72 892	80 800

Veränderung

Dez 02 zu Nov 02	Anzahl	2 418
Dez 02 zu Dez 01	Anzahl	7 908
	%	10,8

**Arbeitslosigkeit**

**Offene Stellen**

Anzahl / Monatsende

	2000	2001	2002
Januar	8 941	10 820	8 002
Februar	10 733	10 898	9 346
März	11 497	11 242	9 829
April	11 236	10 605	9 710
Mai	11 529	10 577	10 239
Juni	12 024	10 495	11 504
Juli	11 791	11 252	11 389
August	12 678	10 985	11 137
September	12 307	10 721	10 497
Oktober	11 748	9 228	9 806
November	10 947	8 236	8 438
Dezember	10 381	7 339	8 432

Veränderung

Dez 02 zu Nov 02	Anzahl	- 6
Dez 02 zu Dez 01	Anzahl	1 093
	%	14,9

**Verarbeitendes Gewerbe<sup>1)</sup>**

**Beschäftigte**

Anzahl / Monatsende

	2000	2001	2002
Januar	98 162	99 975	100 111
Februar	98 056	99 834	99 079
März	97 781	98 464	99 816
April	97 540	99 132	100 172
Mai	98 287	100 497	99 459
Juni	98 046	100 545	98 804
Juli	97 946	100 465	98 189
August	98 364	101 922	98 558
September	98 493	101 415	98 789
Oktober	98 612	101 231	98 340
November	98 281	101 266	98 271
Dezember	97 938	101 072	

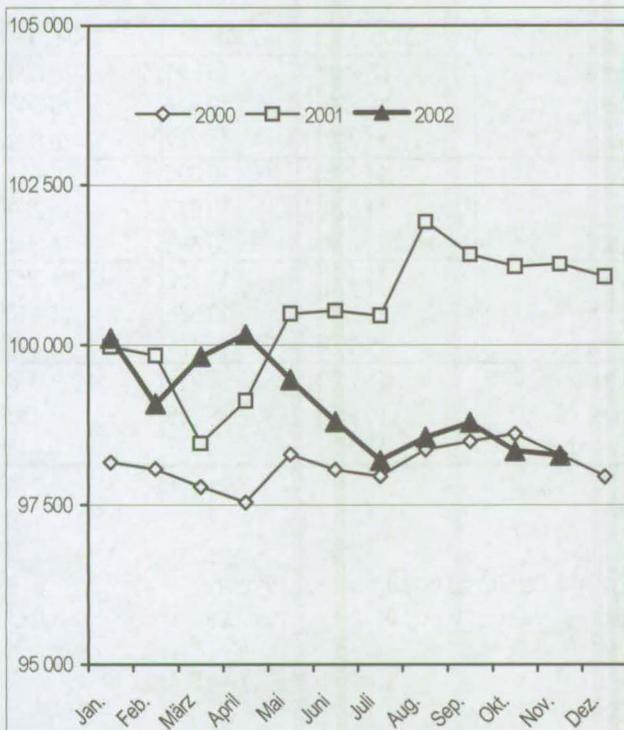
Veränderung

Nov 02 zu Okt 02	Anzahl	- 69
Nov 02 zu Nov 01	Anzahl	-2 995
	%	- 3,0

**Verarbeitendes Gewerbe<sup>1)</sup>**

**Beschäftigte**

Anzahl / Monatsende



**Verarbeitendes Gewerbe<sup>1)</sup>**

**Gesamtumsatz**

Mio. EUR

	2000	2001	2002
Januar	3 647	5 475	5 047
Februar	4 232	5 497	4 887
März	4 699	5 745	5 298
April	3 995	5 627	5 860
Mai	5 138	5 455	5 493
Juni	4 767	5 965	5 594
Juli	4 432	5 677	5 583
August	4 503	5 956	5 442
September	4 730	5 938	5 589
Oktober	4 973	5 831	6 303
November	5 257	5 529	5 493
Dezember	5 166	5 185	
Jan - Nov	50 373	62 695	60 589
Jan - Dez	55 539	67 880	

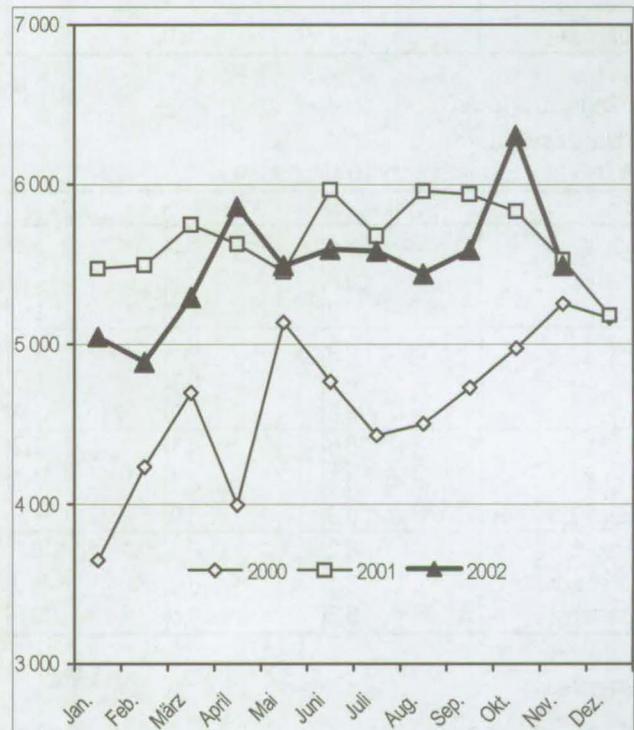
Veränderung

Jan - Nov 02 zu	Mio. EUR	-2 106
Jan - Nov 01	%	- 3,4

**Verarbeitendes Gewerbe<sup>1)</sup>**

**Gesamtumsatz**

Mio. EUR



1) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

**Verarbeitendes Gewerbe<sup>1)</sup>**

**Auslandsumsatz**

Mio. EUR

	2000	2001	2002
Januar	658	1 042	924
Februar	715	857	756
März	826	978	714
April	585	908	1 162
Mai	835	804	854
Juni	1 037	915	972
Juli	776	866	912
August	717	795	878
September	852	911	877
Oktober	777	810	892
November	901	858	833
Dezember	874	705	
Jan – Nov	8 679	9 744	9 774
Jan – Dez	9 553	10 449	

Veränderung

Jan – Nov 02 zu	Mio. EUR	30
Jan – Nov 01	%	0,3

**Verarbeitendes Gewerbe<sup>1)</sup>**

**Auftragseingänge (ohne Mineralölverarbeitung und Ernährungsgewerbe)**

Mio. EUR

	2000	2001	2002
Januar	907	1 030	986
Februar	1 051	1 165	870
März	1 212	1 350	933
April	1 263	1 662	1 092
Mai	1 329	1 587	1 455
Juni	1 228	1 818	1 041
Juli	1 018	1 279	1 198
August	977	1 085	870
September	1 158	931	1 174
Oktober	1 378	1 108	1 203
November	1 531	1 378	940
Dezember	1 338	1 301	
Jan – Nov	13 052	14 393	11 762
Jan – Dez	14 390	15 694	

Veränderung

Jan – Nov 02 zu	Mio. EUR	-2 631
Jan – Nov 01	%	- 18,3

1) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

**Bauhauptgewerbe**

**Beschäftigte**

Anzahl / Monatsende

	2000	2001	2002
Januar	14 735	13 059	11 668
Februar	14 584	12 706	11 594
März	14 663	12 880	11 796
April	14 399	12 767	11 697
Mai	14 417	12 853	11 446
Juni	13 994	12 750	11 485
Juli	13 919	12 737	11 503
August	13 944	12 727	11 476
September	13 781	12 745	11 303
Oktober	13 716	12 593	11 485
November	13 489	12 363	11 490
Dezember	13 474	12 148	

Veränderung

Nov 02 zu Okt 02	Anzahl	5
Nov 02 zu Nov 01	Anzahl	- 873
	%	- 7,1

**Bauhauptgewerbe**

**Baugewerblicher Umsatz**

Mio. EUR

	2000	2001	2002
Januar	102	117	82
Februar	122	102	149
März	158	174	147
April	140	202	135
Mai	172	169	142
Juni	158	165	151
Juli	147	203	163
August	155	197	158
September	172	191	172
Oktober	181	191	159
November	183	227	156
Dezember	161	196	
Jan – Nov	1 690	1 938	1 614
Jan – Dez	1 851	2 134	

Veränderung

Jan – Nov 02 zu	Mio. Euro	- 324
Jan – Nov 01	%	- 16,7

### Bauhauptgewerbe

#### Auftragseingänge<sup>1)</sup>

Mio. EUR

	2000	2001	2002
Januar	53	95	63
Februar	94	248	63
März	104	72	60
April	108	117	88
Mai	84	180	66
Juni	138	132	107
Juli	105	90	182
August	91	98	61
September	90	91	111
Oktober	97	99	109
November	83	69	71
Dezember	187	68	
Jan – Nov	1 047	1 291	981
Jan – Dez	1 234	1 359	

Veränderung

Jan – Nov 02 zu	Mio. Euro	- 310
Jan – Nov 01	%	- 24,0

1) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

### Wohnungen

#### Baugenehmigungen

Anzahl

	2000	2001	2002
Januar	277	376	420
Februar	423	328	333
März	336	338	251
April	571	334	250
Mai	375	190	427
Juni	418	230	269
Juli	410	243	414
August	292	324	367
September	477	302	374
Oktober	538	330	119
November	216	351	339
Dezember	299	523	
Jan – Nov	4 333	3 346	3 563
Jan – Dez	4 632	3 869	

Veränderung

Jan – Nov 02 zu	Anzahl	217
Jan – Nov 01	%	6,5

### Ausbaugewerbe

#### Beschäftigte

Anzahl / Quartalsende

	2000	2001	2002
März	10 185	9 973	8 987
Juni	10 170	9 801	9 006
September	10 372	10 022	9 166
Dezember	10 248	9 847	

Veränderung

Sept 02 zu Juli 02	Anzahl	160
Sept 02 zu Juli 01	Anzahl	- 856
	%	- 8,5

### Ausbaugewerbe

#### Ausbaugewerblicher Umsatz

Mio. Euro / Quartalsumme

	1999	2001	2002
Jan – März	184	177	173
April – Juni	228	227	208
Juli – Sept	257	271	253
Okt – Dez	303	325	
Jan – Sept	669	675	634
Jan – Dez	972	1 000	

Veränderung

Jan – Sept 01 zu	Mio. Euro	- 41
Jan – Sept 00	%	- 6,1

### Wohnungen

#### Baufertigstellungen

Anzahl

	2000	2001	2002
Januar	1 019	276	267
Februar	421	225	50
März	519	627	180
April	347	203	199
Mai	439	345	397
Juni	414	391	591
Juli	578	737	254
August	241	305	103
September	449	381	109
Oktober	427	246	262
November	403	302	406
Dezember	1 245	1 016	
Jan – Nov	5 257	4 038	2 818
Jan – Dez	6 502	5 054	

Veränderung

Jan – Nov 02 zu	Anzahl	- 1 220
Jan – Nov 01	%	- 30,2

**Einzelhandel**

**Beschäftigte**

1995 = 100 (Beschäftigte im Basisjahr: 82 300)

	2000	2001	2002
Januar	90,6	97,2	94,5
Februar	91,0	97,2	94,5
März	91,3	96,8	93,8
April	91,7	99,2	93,7
Mai	92,1	96,3	93,3
Juni	92,0	96,2	93,2
Juli	90,9	94,9	92,1
August	92,0	96,0	92,8
September	92,2	96,4	92,3
Oktober	92,0	96,2	92,7
November	92,5	96,2	91,6
Dezember	91,4	96,3	

**Einzelhandel**

**Umsatz**

1995 = 100 (Umsatz im Basisjahr: 13 421 Mio. Euro)

	2000	2001	2002
Januar	91,2	92,1	86,8
Februar	95,8	85,3	85,0
März	101,2	107,0	94,7
April	97,4	94,4	98,4
Mai	103,7	97,0	91,2
Juni	92,5	90,5	87,9
Juli	94,9	86,3	92,1
August	89,9	87,9	82,5
September	99,4	95,5	91,7
Oktober	97,0	99,6	96,8
November	109,1	106,4	97,5
Dezember	110,0	102,8	

**Großhandel**

**Beschäftigte**

1995 = 100 (Beschäftigte im Basisjahr: 55 700)

	2000	2001	2002
Januar	81,0	97,9	96,0
Februar	81,1	98,0	96,9
März	81,3	98,1	96,6
April	81,1	97,4	96,0
Mai	81,5	97,2	95,9
Juni	81,3	97,1	96,0
Juli	79,5	96,3	96,0
August	80,0	96,6	96,4
September	80,2	96,5	96,8
Oktober	80,3	96,7	97,0
November	79,5	96,5	96,9
Dezember	79,4	96,5	

**Einzelhandel**

**Beschäftigte**

Veränderung in % zum gleichen Monat des Vorjahres  
Anzahl (Monatsdurchschnitt 1999: 78 500)

	2000	2001	2002
Januar	- 6,8	- 0,4	- 2,8
Februar	- 5,9	- 0,9	- 2,8
März	- 5,6	- 1,6	- 3,1
April	- 1,8	0,5	- 5,5
Mai	- 0,8	- 2,9	- 3,1
Juni	- 0,8	- 2,8	- 3,1
Juli	- 1,9	- 3,4	- 3,0
August	- 1,4	- 3,2	- 3,3
September	- 0,9	- 2,9	- 4,3
Oktober	- 1,5	- 3,2	- 3,6
November	- 0,9	- 2,9	- 4,8
Dezember	- 2,5	- 1,8	

**Einzelhandel**

**Umsatz**

Veränderung in % zum gleichen Monat des Vorjahres  
(Umsatz im Jahr 1999: 13 498 Mio. Euro)

	2000	2001	2002
Januar	- 0,2	7,2	- 5,8
Februar	7,0	- 10,4	- 0,4
März	- 5,3	6,4	- 11,5
April	- 1,5	- 1,0	4,2
Mai	14,2	- 6,8	- 6,0
Juni	- 6,8	- 1,1	- 2,9
Juli	0,1	- 5,9	6,7
August	- 0,2	0,8	- 6,1
September	- 2,4	0	- 4,0
Oktober	- 5,9	4,0	- 2,8
November	- 2,3	1,2	- 8,4
Dezember	- 5,2	- 0,2	

**Großhandel**

**Beschäftigte**

Veränderung in % zum gleichen Monat des Vorjahres  
Anzahl (Monatsdurchschnitt 1999: 48 000)

	2000	2001	2002
Januar	-8,0	- 3,1	- 1,9
Februar	-7,7	- 3,1	- 1,1
März	-7,5	- 3,2	- 1,5
April	-5,8	- 3,7	- 1,4
Mai	-5,1	- 4,3	- 1,3
Juni	-5,8	- 4,3	- 1,1
Juli	-4,3	- 2,4	- 0,3
August	-3,3	- 2,8	- 0,2
September	-3,3	- 3,1	0,3
Oktober	-2,5	- 3,6	0,3
November	-4,2	- 3,3	0,4
Dezember	-4,3	- 2,8	

**Großhandel**

**Umsatz insgesamt**

1995 = 100 (Umsatz im Basisjahr: 53 992 Mio. Euro)

	2000	2001	2001
Januar	84,8	94,9	96,3
Februar	95,5	95,2	92,8
März	113,4	106,2	102,5
April	98,1	100,3	102,7
Mai	114,1	106,6	104,0
Juni	104,1	99,4	95,6
Juli	96,8	104,7	102,0
August	109,8	109,7	98,5
September	108,2	100,5	98,6
Oktober	113,6	112,3	113,3
November	116,9	107,3	104,7
Dezember	104,0	94,4	

**Großhandel**

**Umsatz insgesamt**

Veränderung in % zum gleichen Monat des Vorjahres  
(Umsatz im Jahr 1999: 61 253 Mio. Euro)

	2000	2001	2002
Januar	-8,7	15,6	1,5
Februar	-4,5	4,1	-2,5
März	-10,0	-1,8	-3,5
April	-7,6	6,5	2,4
Mai	7,6	-2,5	-2,4
Juni	-8,0	0,0	-3,8
Juli	-10,2	0,0	-2,6
August	-0,2	4,0	-10,2
September	-10,7	-3,0	-1,9
Oktober	-2,2	2,9	0,9
November	-8,7	-4,7	-2,4
Dezember	-20,9	-8,6	

**Großhandel**

**Umsatz im Binnengroßhandel**

1995 = 100 (Umsatz im Basisjahr: 28 479 Mio. Euro)

	2000	2001	2002
Januar	98,1	92,4	97,0
Februar	113,2	92,3	91,9
März	130,9	106,0	110,3
April	115,4	100,9	108,7
Mai	134,4	107,3	107,3
Juni	125,9	101,3	104,1
Juli	116,5	108,2	108,2
August	128,5	112,4	102,3
September	130,3	107,4	109,0
Oktober	133,9	115,4	114,7
November	140,0	111,9	111,1
Dezember	127,6	99,8	

**Großhandel**

**Umsatz im Binnengroßhandel**

Veränderung in % zum gleichen Monat des Vorjahres  
(Umsatz im Jahr 1999: 41 670 Mio. Euro)

	2000	2001	2002
Januar	-14,7	14,2	5,0
Februar	-9,2	14,2	-0,4
März	-18,8	1,4	4,1
April	-15,9	7,0	7,7
Mai	0,0	-1,3	0,0
Juni	-14,5	0,1	2,8
Juli	-17,4	5,0	0,0
August	-9,7	0,4	-9,0
September	-19,4	0,9	1,5
Oktober	-11,8	5,7	-0,6
November	-16,0	-1,6	-0,7
Dezember	-26,0	-6,7	

**Großhandel**

**Umsatz im Außenhandel**

1995 = 100 (Umsatz im Basisjahr: 25 513 Mio. Euro)

	2000	2001	2002
Januar	69,8	99,0	95,0
Februar	75,7	100,1	94,4
März	94,0	106,5	89,4
April	78,7	99,3	92,7
Mai	91,5	105,4	98,6
Juni	79,8	96,3	81,3
Juli	74,9	98,8	91,6
August	88,8	105,2	92,3
September	83,6	88,9	81,2
Oktober	91,0	107,1	111,1
November	91,2	99,8	94,2
Dezember	77,6	85,4	

**Großhandel**

**Umsatz im Außenhandel**

Veränderung in % zum gleichen Monat des Vorjahres  
(Umsatz im Jahr 1999: 19 557 Mio. Euro)

	2000	2001	2002
Januar	0	41,8	-4,0
Februar	8,0	32,2	-5,7
März	5,1	13,3	-16,1
April	10,8	26,2	-6,6
Mai	31,1	15,2	-6,5
Juni	13,4	20,7	-15,6
Juli	13,1	31,9	-7,3
August	20,0	18,5	-12,3
September	10,3	6,3	-8,7
Oktober	19,1	17,7	3,7
November	7,4	9,4	-5,6
Dezember	-9,1	10,1	

**Gastgewerbe/Tourismus**

**Beschäftigte**

1995 = 100 (Beschäftigte im Basisjahr: 31 800)

	2000	2001	2002
Januar	89,0	95,5	97,0
Februar	86,3	97,2	97,3
März	87,2	97,8	100,0
April	88,0	100,1	99,1
Mai	89,2	101,1	99,9
Juni	90,4	101,4	101,5
Juli	88,3	100,2	99,2
August	88,2	100,2	97,1
September	88,7	99,6	95,8
Oktober	87,7	98,6	97,3
November	89,5	98,8	98,3
Dezember	88,0	99,3	

**Gastgewerbe/Tourismus**

**Beschäftigte**

Veränderung in % zum gleichen Monat des Vorjahres  
Anzahl (Monatsdurchschnitt 1999: 28 900)

	2000	2001	2002
Januar	- 4,2	- 7,2	1,6
Februar	- 6,9	- 3,5	0,1
März	- 8,7	- 3,9	2,2
April	- 3,0	- 2,6	- 1,0
Mai	- 1,2	- 2,9	- 1,2
Juni	0,9	- 3,7	0,1
Juli	- 3,0	- 2,7	- 1,0
August	- 2,2	- 2,6	- 3,1
September	- 2,8	- 3,9	- 3,8
Oktober	- 3,3	- 3,4	- 1,3
November	- 1,2	- 5,1	- 0,5
Dezember	- 3,4	- 1,9	

**Gastgewerbe/Tourismus**

**Umsatz insgesamt**

1995 = 100 (Umsatz im Basisjahr: 1 329 Mio. Euro)

	2000	2001	2002
Januar	82,4	84,6	85,1
Februar	88,6	85,4	86,6
März	96,6	98,9	100,6
April	93,6	93,5	99,9
Mai	103,4	105,6	99,2
Juni	98,1	99,7	97,7
Juli	94,3	95,0	91,9
August	90,1	91,0	90,0
September	104,3	99,8	100,9
Oktober	102,5	95,7	94,3
November	103,3	101,9	101,0
Dezember	104,0	104,0	

**Gastgewerbe/Tourismus**

**Umsatz insgesamt**

Veränderung in % zum gleichen Monat des Vorjahres  
(Umsatz im Jahr 1999: 1 227 Mio. Euro)

	2000	2001	2001
Januar	6,1	- 1,1	0,6
Februar	11,9	- 8,9	1,4
März	- 0,8	- 3,0	1,7
April	- 1,0	- 5,1	6,8
Mai	7,6	- 3,2	- 6,1
Juni	2,4	- 3,6	- 2,0
Juli	6,3	- 4,1	- 3,3
August	- 2,9	- 4,1	- 1,1
September	6,3	- 9,4	1,1
Oktober	- 0,4	- 11,3	- 1,5
November	4,0	- 6,5	- 0,9
Dezember	1,1	- 2,2	

**Gastgewerbe/Tourismus**

**Gäste**

Anzahl

	2000	2001	2002
Januar	163 864	169 432	166 645
Februar	189 711	174 954	182 196
März	219 879	225 103	224 821
April	218 251	202 992	240 480
Mai	241 868	249 323	248 678
Juni	236 177	237 970	248 409
Juli	231 663	215 470	227 750
August	223 572	211 972	249 561
September	259 799	229 894	255 461
Oktober	245 968	211 361	237 382
November	229 134	219 846	
Dezember	184 498	178 610	
Jan – Okt	2 230 752	2 128 471	2 281 383
Jan – Dez	2 644 384	2 526 927	

Veränderung

Jan – Okt 02 zu  
Jan – Okt 01

Anzahl  
%

152 912  
7,2

**Gastgewerbe/Tourismus**

**Übernachtungen**

Anzahl

	2000	2001	2002
Januar	284 969	300 526	299 213
Februar	337 498	312 888	326 807
März	398 397	414 368	431 179
April	402 197	382 417	442 391
Mai	444 811	466 234	468 107
Juni	437 534	437 431	467 388
Juli	430 483	416 799	428 239
August	435 851	416 017	483 607
September	478 429	449 489	485 079
Oktober	454 023	409 584	451 851
November	414 186	389 730	
Dezember	325 253	322 072	
Jan – Okt	4 104 192	4 005 753	4 283 861
Jan – Dez	4 843 631	4 717 555	

Veränderung

Jan – Okt 02 zu  
Jan – Okt 01

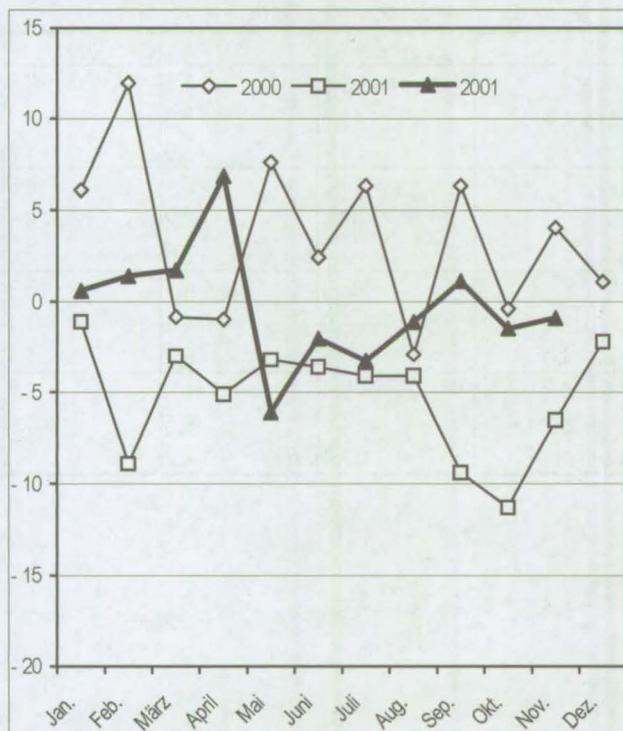
Anzahl  
%

278 108  
6,9

**Gastgewerbe/Tourismus**

**Umsatz insgesamt**

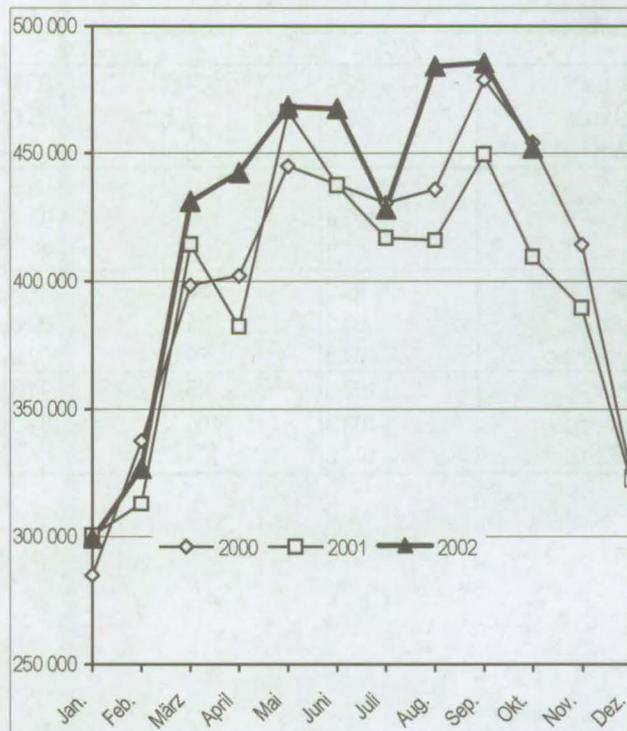
Veränderung in % zum gleichen Monat des Vorjahres  
(Umsatz im Jahr 1999: 1 227 Mio. Euro)



**Gastgewerbe/Tourismus**

**Übernachtungen**

Anzahl



## HAMBURGER MONATZAHLEN

### Außenhandel

#### Einfuhr des Landes Hamburg (Generalhandel)

Mio. EUR

	2000	2001	2002
Januar	2 849	3 889	3 085
Februar	2 617	3 359	3 091
März	3 355	3 251	3 419
April	2 838	3 412	3 340
Mai	4 103	3 388	2 537
Juni	3 388	3 341	3 156
Juli	3 497	3 446	2 458
August	3 702	3 038	3 220
September	3 635	3 359	2 779
Oktober	3 963	3 430	
November	3 854	3 642	
Dezember	3 191	2 526	
Jan – Sept	29 984	30 482	27 085
Jan – Dez	40 992	40 081	

#### Veränderung

Jan – Sept 02 zu	Mio. Euro	-3 397
Jan – Sept 01	%	- 11,1

### Außenhandel

#### Ausfuhr des Landes Hamburg (Spezialhandel)

Mio. EUR

	2000	2001	2002
Januar	1 163	1 855	2 081
Februar	1 188	1 813	1 787
März	1 524	1 990	2 202
April	1 319	2 143	1 965
Mai	2 045	1 702	1 814
Juni	1 879	2 417	1 383
Juli	1 565	2 254	1 665
August	1 664	1 882	1 534
September	1 716	1 510	1 880
Oktober	2 042	1 950	
November	2 137	2 168	
Dezember	1 697	1 757	
Jan – Sept	14 062	17 565	16 311
Jan – Dez	19 938	23 440	

#### Veränderung

Jan – Sept 02 zu	Mio. Euro	-1 254
Jan – Sept 01	%	- 7,1

### Verkehr

#### Zulassungen fabrikneuer Kfz

Anzahl

	2000	2001	2002
Januar	6 695	10 485	7 637
Februar	11 973	8 810	9 539
März	16 752	18 783	14 036
April	11 510	11 355	14 837
Mai	11 786	16 080	14 232
Juni	14 132	14 592	13 772
Juli	15 166	10 505	8 632
August	9 224	9 535	11 325
September	15 177	12 826	10 872
Oktober	11 346	10 506	9 082
November	11 262	13 984	
Dezember	13 748	8 558	
Jan – Okt	123 761	123 477	113 964
Jan – Dez	148 771	146 019	

#### Veränderung

Jan – Okt 02 zu	Anzahl	-9 513
Jan – Okt 01	%	- 7,7

### Verkehr

#### Luftverkehr

Fluggäste/Anzahl

	2000	2001	2002
Januar	599 098	627 501	535 164
Februar	673 680	652 557	580 285
März	806 209	844 504	745 266
April	828 809	805 211	733 198
Mai	899 455	848 758	742 257
Juni	812 535	828 570	775 317
Juli	895 345	915 636	854 603
August	916 880	907 193	767 683
September	971 638	889 867	864 712
Oktober	996 760	844 135	880 875
November	794 890	660 670	688 062
Dezember	629 680	532 925	
Jan – Nov	9 195 299	8 824 602	8 167 422
Jan – Dez	9 824 979	9 357 527	

#### Veränderung

Jan – Nov 02 zu	Anzahl	-657 180
Jan – Nov 01	%	- 7,4

**Verkehr**

**Güterverkehr über See: Umschlag insgesamt**

1000 t

	2000	2001	2002
Januar	6 276	7 092	7 326
Februar	6 621	6 467	7 046
März	6 857	8 207	8 646
April	7 261	7 803	8 315
Mai	7 379	7 717	8 133
Juni	6 750	7 835	8 369
Juli	7 509	7 672	7 891
August	7 090	7 602	7 794
September	7 474	7 984	8 686
Oktober	7 948	8 047	8 809
November	7 329	7 993	8 391
Dezember	7 370	7 943	
Jan – Nov	71 165	76 426	89 406
Jan – Dez	85 864	92 362	

Veränderung

Jan – Nov 02 zu	1000 t	12 980
Jan – Nov 01	%	17,0

**Verkehr**

**Güterverkehr über See: Empfang**

1000 t

	2000	2001	2002
Januar	3 822	4 345	4 704
Februar	3 646	3 707	3 812
März	3 676	4 991	5 106
April	4 563	4 850	5 003
Mai	4 407	4 653	4 921
Juni	3 828	4 464	4 893
Juli	4 386	4 742	4 694
August	4 226	4 640	4 785
September	4 451	4 921	5 264
Oktober	4 783	4 673	5 331
November	4 339	4 968	4 961
Dezember	4 313	4 758	
Jan – Nov	41 788	45 986	53 474
Jan – Dez	50 440	55 712	

Veränderung

Jan – Nov 02 zu	1000 t	7 488
Jan – Nov 01	%	16,3

**Verkehr**

**Güterverkehr über See: Versand**

1000 t

	2000	2001	2002
Januar	2 454	2 747	2 622
Februar	2 974	2 760	3 234
März	3 181	3 216	3 540
April	2 698	2 953	3 312
Mai	2 971	3 064	3 212
Juni	2 922	3 371	3 476
Juli	3 123	2 930	3 197
August	2 681	2 962	3 009
September	3 023	3 063	3 422
Oktober	3 165	3 374	3 478
November	2 990	3 025	3 430
Dezember	3 057	3 185	
Jan – Nov	29 192	30 440	35 932
Jan – Dez	35 239	36 650	

Veränderung

Jan – Nov 02 zu	1000 t	5 492
Jan – Nov 01	%	18,0

**Verkehr**

**Umgeschlagene Container**

Anzahl / 20-Fuß-Einheiten

	2000	2001	2002
Januar	336 006	361 831	375 284
Februar	330 433	340 827	398 080
März	318 400	383 897	441 923
April	344 540	397 520	442 362
Mai	355 112	389 155	441 288
Juni	349 851	385 670	434 155
Juli	361 692	401 633	448 479
August	361 177	392 852	450 233
September	373 474	412 830	489 219
Oktober	397 639	432 911	492 780
November	365 499	389 517	476 628
Dezember	361 525	400 026	
Jan – Nov	3 528 324	3 899 126	4 890 431
Jan – Dez	4 255 348	4 688 669	

Veränderung

Jan – Nov 02 zu	Anzahl	991 305
Jan – Nov 01	%	25,4

### Hamburger Statistisches Jahrbuch 2002/2003

Das Hamburger Statistische Jahrbuch bietet einen breiten Überblick über die demographischen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen und Entwicklungen in Hamburg. Es enthält Zeitreihen mit wichtigen Eckdaten seit 1970, Regionalvergleiche mit dem Umland, den Bundesländern, deutschen Großstädten und Deutschland im Ganzen sowie darüber hinaus zahlreiche Angaben über die Bevölkerung und die sozialen Gegebenheiten in den Hamburger Stadtteilen.

Hamburger Statistisches Jahrbuch 2002/2003:  
208 Seiten, ISSN 1438-8480, Preis: 13,- Euro

### HAMBURG.regional

In der Buchreihe „HAMBURG.regional“ werden umfassende, die einzelnen Fachstatistiken übergreifende Darstellungen und Analysen veröffentlicht (unter ISSN 1619-3768). Zuletzt ist erschienen:

Band 18: Stadtteil-Profile 2002 - mit Kreisdaten für das Umland  
261 Seiten, ISSN 1619-3768, Preis: 13,- Euro

### Hamburg in Zahlen+Karten

Die CD-ROM „Hamburg in Zahlen+Karten“, ein Gemeinschaftsprodukt mit dem Amt für Geoinformation und Vermessung der Behörde für Bau und Verkehr, gewährt allen, die sich für regionale Strukturdaten über Hamburg interessieren, Einblicke in die demographischen und sozialen Verhältnisse der Stadt, ihrer Bezirke und Stadtteile. Die Daten lassen sich als Tabellen und Diagramme sowie mit Karten anschaulich machen. Der Preis beträgt 49,- Euro.

### Hamburg in Zahlen

Die Quartalszeitschrift „Hamburg in Zahlen“ enthält Kurzinformationen, Aufsätze über wichtige statistische Ergebnisse sowie die Hamburger Monatszahlen.

Pro Heft rund 30 Seiten, ISSN 0017-6877; Heftpreis: 5,- Euro

### STATISTIK.MAGAZIN.HAMBURG

In der Reihe „STATISTIK.MAGAZIN.HAMBURG“ werden komprimiert Fakten und Analysen zu ausgewählten Themen Bereichen veröffentlicht. Zuletzt sind erschienen:

Nr. 12: Bevölkerung – Einwohner Haushalte Familien,  
19.07.2002

Nr. 13: Wahlverhalten – Analyse der Wahl zum 15. Deutschen  
Bundestag am 22. September 2002, 23.09.2002

Die Hefte werden kostenlos abgegeben.

### Faltblätter

Wer sich kurz und schnell über wichtige Eckdaten und Zusammenhänge informieren möchte, kann auf die Hamburg-Flyer des Statistischen Landesamtes zurückgreifen. Die Faltblätter werden Interessierten kostenlos zur Verfügung gestellt. Derzeit sind lieferbar:

- Hamburg – Ein Stadtporträt in Zahlen mit umfassendem Spektrum von Eckdaten aus vielen Bereichen der Statistik (auch auf Englisch)
- Erwerbstätige und Gesamtwirtschaft
- Hamburger Stadtteil-Profile
- Schiffsverkehr und Außenhandel

- Hamburg und seine Partnerländer:

- Baltische Staaten
- China (auch auf Englisch)
- Dänemark
- Die neun Ostseeanrainer
- Finnland
- Frankreich
- Großbritannien (auch auf Englisch)
- Italien (auch auf Italienisch)
- Japan (auch auf Englisch)
- Norwegen
- Polen
- Russische Föderation
- Schweden
- Schweiz
- Türkei
- USA

- Das Statistische Landesamt stellt sich vor (auch auf Englisch)

### Statistische Berichte

Wer auf der Suche nach detailliertem Datenmaterial für einzelne Beobachtungsbereiche ist, kann in den Reihen der Statistischen Berichte leicht fündig werden: Auf jeweils aktuellem Stand enthalten diese Veröffentlichungen in tabellarischen Zusammenstellungen Strukturbilder oder Zeitreihen zu zahlreichen Themenbereichen. Fordern Sie das spezielle Verzeichnis an!

### Wahlanalysen

Einer langen Tradition folgend erstellt das Statistische Landesamt zu allen Wahlen Analysen des Hamburger Wahlgeschehens.

Die Analyse der Bundestagswahl 2002 ist im kostenlos erhältlichen „STATISTIK.MAGAZIN.HAMBURG“ Nr. 13 erschienen.

Die Auswertung der Bürgerschaftswahl 2001 wurde in Heft III/01 (5,- Euro), die der Europawahl 1999 im Heft 7-8/99 (Preis: 4,- Euro) der Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“ veröffentlicht.

### Straßen- und Gebietsverzeichnis

Im Straßen- und Gebietsverzeichnis sind die rund 8300 benannten Hamburger Straßen, Plätze und Brücken aufgeführt. Für jede Hausnummer finden Sie den Ortsteil, den Stadtteil, die Postleitzahl, den Bundestagswahlkreis sowie das zuständige Standesamt, Finanzamt, Amtsgericht und Polizeirevier. Enthalten ist auch ein Verzeichnis der Kleingartenvereine.

„Straßen- und Gebietsverzeichnis 1997“ mit aktuellem Nachtrag:  
289 Seiten, Preis 10,- Euro;

Diskettenversion im Acrobat Reader-Format 10,- Euro,  
im ASCII- sowie ANSI-Format 52,50 Euro.

### Statistik regional

Die CD-ROM „Statistik regional“ enthält einheitlich für alle Länder, Regierungsbezirke, Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland eine Vielzahl von Daten aus den wichtigsten Sachgebieten der amtlichen Statistik. Die Veröffentlichung ist ein Gemeinschaftsprodukt der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Die Ausgabe 2002 (mit Ergebnissen für die Jahre 1995 bis 2000) kostet 148,- Euro.

